

Bericht über die Parlamentswahlen in der Türkei 2011

Anlässlich der Parlamentswahlen in der Türkei am 12.6.2011 befanden sich insgesamt 29 unabhängige Wahlbeobachtungsdelegationen aus Europa mit 143 TeilnehmerInnen in den kurdischen Provinzen der Türkei. In diesem Bericht sind die Dokumentationen und Erfahrungen von einer Delegation aus Frankreich und 11 Delegationen aus Deutschland zusammengefasst.

Im Anhang befinden sich Presseveröffentlichungen und Fotos.

Die Delegationen bereisten die jeweiligen Provinzen und/oder Städte, beobachteten den Wahlablauf, die Ereignisse vor und nach den Wahlen und besuchten Wahllokale, die sich meist in Schulen befanden. Es wurde u.a. mit WählerInnen, UrnenleiterInnen/Vorständen der Wahlkommissionen, WahlbeobachterInnen der AKP, CHP, MHP und des Wahlblocks für Demokratie, Arbeit und Freiheit (einem Bündnis der BDP mit mehreren türkischen linken Parteien, Intellektuellen und KünstlerInnen) sowie weiterer Parteien, Jugendlichen, StudentInnen, ÄrztInnen, Polizisten, Militärkommandanten, Soldaten, Dorfschützern, RichterInnen, AnwältInnen, Mitgliedern der Menschenrechtsorganisation İnsan Hakları Derneği (IHD), ParlamentarierInnen, BürgermeisterInnen und Muhtaren (Dorf- und Stadtteilverstehern) gesprochen.

Aufgrund der Vielzahl von beobachteten Verstößen gegen türkisches und internationales Recht kann die Parlamentswahl 2011 keinesfalls als rechtmäßige, allgemeine, freie, geheime und demokratische Wahl bezeichnet werden. Gravierende Verstöße gegen türkische Gesetze und Verordnungen sowie internationale Standards waren kein Einzelfall, sondern eine systematische und flächendeckende Praxis der versuchten Einschüchterung, Bedrohung und Wahlfälschung.

Zudem ist die 10% Hürde bei den Wahlen ein Hindernis für die demokratische Teilhabe der Menschen. Auch dass im Ausland lebende türkische StaatsbürgerInnen an den Flughäfen in Istanbul und Ankara nicht die unabhängigen KandidatInnen, sondern nur Parteien wählen konnten, kann nicht als gleich und fair bezeichnet werden. In den Provinzen Bitlis und Tunceli/Dersim ist die Anzahl der wahlberechtigten stationierten Militärs und Polizisten aus dem Westen der Türkei zudem so hoch, dass dies wahlentscheidend war.

Unter den TeilnehmerInnen der Delegationen befanden sich Europaparlamentarier, Bundestags- und Landtagsabgeordnete, KommunalpolitikerInnen, WissenschaftlerInnen, Studierende, GewerkschafterInnen und MenschenrechtsaktivistInnen.

Darunter u.a.: Jürgen Klute (MdEP, Die Linke), Harald Weinberg (MdB, Die Linke), Heidrun Dietrich (MdB, Die Linke), Ingrid Remmers (MdB, Die Linke), Bärbel Beuermann (MdB NRW, Die Linke), Ali Atalan (MdB NRW, Die Linke), Barbara Cardenas (MdB Hessen, Die Linke) Cornelia Reinauer (ehem. Bürgermeisterin von Berlin Friedrichshain-Kreuzberg, Die Linke), Britta Eder (Rechtsanwältin), Dr. Brigitte Kiechle (Rechtsanwältin), Dr. Nikolaus Brauns (Wissenschaftlicher Mitarbeiter der MdB Ulla Jelpke, Die Linke), Martin Dolzer (Soziologe und Wissenschaftlicher Projektmitarbeiter des MdB und MdPaCE Andrej Hunko), Yilmaz Kaba (Vorstandsmitglied, Die Linke Niedersachsen), Abdullah Polat (Dozent), Ilke Polat (Vorstandsmitglied Kurd Akad), Mahmut Ertas (Vorstandsmitglied Kurd Akad), Ellen Jaedicke (Menschenrechtsaktivistin), Michael Knapp (Historiker), Marie-Yvonne Mateous (Frauenrechtsaktivistin), Regis Mateous (Schäfer), Gülferiz Contay (Mediatorin), Antje Steinberg (GEW) und viele Weitere (siehe Einzelberichte).

Die Provinzen in denen die Delegationen sich aufhielten: Van, Batman, Kars, Ardahan, Diyarbakir, Urfa, Sirnak, Antep, Bitlis, Igdir, Agri und Hakkari.

Überblick über die Vielzahl schwerwiegender Verstöße, die beobachtet, dokumentiert und im direkten Gespräch erfahren wurden:

- In der überwiegenden Anzahl der Wahllokale waren in den Städten bewaffnete Polizisten und in den Dörfern die Militärpolizei Jandarma, Soldaten und Dorfschützer massiv präsent. Besonders in den kurdischen Provinzen wurde eine Änderung des Wahlgesetzes (s.u.) dazu genutzt, zu versuchen WählerInnen u.a. durch Einschüchterungen und Bedrohung vom Wählen überhaupt- oder von einer freien Wahl abzuhalten. Denn selbst die aus menschenrechtlicher Sicht inakzeptable neue gesetzliche Regelung, die vorschreibt, dass sich Sicherheitskräfte bis auf 15m an die Wahlurne annähern dürfen, wurde flächendeckend nicht eingehalten. Die bewaffneten Polizisten, Jandarma und Soldaten hielten sich, ohne von den UrnenleiterInnen dazu aufgefordert worden zu sein, direkt vor oder in den Wahlräumen und zum Teil direkt vor den Urnen auf. Zum Teil hielten begleiteten die Sicherheitskräfte auch m WählerInnen in die Wahlkabinen und hielten sich dort bis nach der Stimmabgabe auf.
- In mehreren Fällen prügelten Soldaten, Jandarma und Polizisten WählerInnen aus den Wahllokalen oder verhinderten deren Zugang dazu. Zum Teil geschah dies mit Waffengewalt oder mit Hilfe von Panzerfahrzeugen.

Hintergrund zur Gesetzesänderung:

Im Frühjahr 2010 wurde in der Republik Türkei ein neues Wahlgesetz verabschiedet. Darin (298 Wahlgesetz § 25.72 und § 135) wird u.a. geregelt, dass bewaffnete staatliche Sicherheitskräfte wie Polizisten, Militär und Jandarma in Wahllokale gehen können und sich dort bis zu 15 m vor den Wahlurnen aufhalten dürfen. Zuvor galt für diesen Personenkreis ein Abstand von 100 Metern Entfernung vom Ort der Wahl. Die türkischen Behörden argumentieren, dass diese Maßnahme in den kurdischen Provinzen dazu dienen soll, Unruhen zu verhindern. Die „Sicherheitskräfte“ sollen in einem solchen Fall auf Anforderung durch die Urnenleiter direkt intervenieren können.

WahlbeobachterInnen und MenschenrechtlerInnen berichteten in Bezug auf die letzten Wahlen in der Türkei – die Parlamentswahlen 2002 und 2007, sowie die Kommunalwahlen 2004 und 2009 - dass gerade durch den bei diesen Wahlen noch rechtswidrigen Aufenthalt von bewaffneten „Sicherheitskräften“ und deren Drohungen faire und geheime Wahlen, besonders in kleineren Städten und Dörfern in den kurdischen Landesteilen be- und verhindert wurden.

Der Gouverneur von Van, Münir Karaoğlu, kündigte auf einem „Wahlsicherheitsgipfel“ wenige Tage vor dem Wahltermin, an dem auch hochrangige Vertreter des türkischen

Geheimdienstes MIT und von Militär und Polizei teilnahmen, an, dass sich für jede Urne mindestens ein Soldat oder Polizist bereithalten werde und auf Anforderung der Urnenleitung sofort zu den Urnen in die 15m Zone vorrücken solle.

Der oben genannte Missbrauch dieser Regulierung war aufgrund der Erfahrungen der letzten Jahre und der ohnehin von Gewalt geprägten Regierungspolitik gegenüber der kurdischen Bevölkerung bereits im Vorhinein absehbar.

Fortsetzung: Überblick über die Vielzahl schwerwiegender Verstöße, die beobachtet und dokumentiert wurden:

- Immer wieder konnte beobachtet werden, wie UrnenvorsteherInnen ältere WählerInnen und AnalphabetInnen in die Wahlkabinen begleiteten und auf die AKP zeigten, die zu wählen sei
- Durch Geldgeschenke, Lebensmittel, Kühlschränke, Elektrogeräte und Kleidungsgutscheine sowie das Versprechen von regelmäßigen Kindergeldzahlungen wurde von Seite der AKP vor der Wahl versucht, vor allem in Gegenden mit überwiegend finanzschwacher Bevölkerung, die WählerInnen zu bestechen.
- WählerInnen wurden im Vorhinein Kollektivstrafen bei Nichtwahl der AKP angedroht. z.b: keine Befestigung von Straßen, Entzug von Weiderechten, Entzug der „Grünen Karte“ für eine kostenlose Basis-Gesundheitsversorgung, Streichung von Schulhilfen für die Kinder, keine Zuteilung von Kohle und Holz für die langen, harten Winter
- In vielen Fällen hielten Polizisten, Dorfschützer, Jandarma und Soldaten sich direkt vor und in Wahllokalen auf, verlangten die Vorlage des Personalausweises, um die Wahlnummern zu verteilen, unterzogen die WählerInnen einer Ganzkörperkontrolle und bedrohten sie zum Teil dabei.
- Vor den Eingängen von Wahllokalen waren vielerorts schussbereite Panzerfahrzeuge, Militärfahrzeuge und/oder große Gruppen von Sondereinheiten von Polizei und Militär postiert, so dass der Gang zum Wahllokal nicht als frei bezeichnet werden kann.
- WählerInnen wurden direkt vor Wahllokalen von Polizisten gefilmt
- In von Dorfschützern dominierten Gegenden wurde offensichtlich Unterschriften auf den Wahllisten der UrnenleiterInnen in großer Anzahl gefälscht
- Wahlzettel wurden von Soldaten oder UrnenleiterInnen selbst ausgefüllt, während die WählerInnen von der Wahl abgehalten wurden
- In einigen Fällen wurden WählerInnen, besonders Jugendliche, von Polizei oder Militär aus den Wahllokalen geprügelt bzw. direkt vor oder nach dem Wählen gewalttätig angegriffen

- Massiv in und vor den Wahllokalen präsente Polizei- und Militäreinheiten verließen Berichten zufolge kurz vor dem Eintreffen der Wahlbeobachtungsdelegationen die Orte des Geschehens.
- Die Gestaltung der Wahlzettel benachteiligte die Unabhängigen KandidatInnen, da sie ohne Symbol und zusätzlich in kleinerer, kaum lesbarer Schrift (8 Punkt) auf dem Wahlzettel gedruckt waren.
- Ehemänner wählten für Ihre Ehefrauen
- UrnenleiterInnen und regionale WahlbeobachterInnen wurden von Sicherheitskräften eingeschüchtert, bedroht und/oder angewiesen, den Wahlbeobachtungsdelegationen falsche Auskünfte zu geben oder zu schweigen
- AKP Bürgermeister oder AKP nahe Imame wurden als Urnenleiter eingesetzt und/oder drohten im Vorfeld, dass die AKP zu wählen sei, da sonst Gott/Allah die WählerInnen bestrafen werde.
- Die Versiegelung der Urnen war teilweise mangelhaft oder fehlte
- Die WahlbeobachterInnen des Wahlblocks für Arbeit, Demokratie und Freiheit (Bündnis der BDP mit weiteren linken Kräften) wurden in vielen Fällen aus den Wahllokalen ausgeschlossen.
- Die Urnen/Wahlkommissionen setzten sich in vielen Fällen lediglich aus AKP Mitgliedern oder denen von AKP/CHP/MHP zusammen.
- Die WahlbeobachterInnen des Wahlblocks für Arbeit, Demokratie und Freiheit (Bündnis der BDP mit weiteren linken Kräften) wurden in mehreren Fällen bedroht und zusammengeschlagen.
- Studierenden WahlbeobachterInnen des Wahlblocks für Arbeit, Demokratie und Freiheit (Bündnis der BDP mit weiteren linken Kräften) wurde in einigen Fällen seitens Universitätsrektoren der Ausschluss aus den Universitäten oder Benachteiligungen bei Prüfungen angedroht.
- Allein in den kurdischen Provinzen des Landes wurden mehr als 100 WahlbeobachterInnen des Wahlblocks für Arbeit, Freiheit und Demokratie ohne ernstzunehmende Vorwürfe verhaftet.
- Polizisten „sicherten“ die Wahllokale bei der Auszählung – in, anstatt vor - den Wahllokalen.
- In mehreren Fällen verweigerten verantwortliche Richter oder Behörden notwendige Gespräche mit ParlamentarierInnen und AnwältInnen.

Übergriffe durch Polizei und Jandarma direkt nach den Wahlen

Besonders hervorzuheben sind Vorfälle in den Städten Sirnak und Van.

- In Sirnak wurde am Wahlabend von „unbekannten Tätern“ eine Handgranate in die friedlich den Einzug von 3 KandidatInnen des Wahlblocks für Arbeit, Demokratie und Freiheit feiernde kurdische Bevölkerung geworfen. Hier hielt sich in 10m Entfernung der Detonation auch eine Wahlbeobachtungsdelegation u.a. mit dem MdB Harald Weinberg (Die Linke) auf. Berichten zufolge wurden 12 Personen, zum Teil lebensgefährlich, verletzt. Bei den anschließenden Protesten setzten Jandarma (Militärpolizei) Tränengasgranaten ein und beschossen in diesem Zusammenhang auch die Wahlbeobachtungsdelegation und DolmetscherInnen. Die Sicherheitskräfte griffen zudem Menschen an, die sich vor dem Krankenhaus versammelt hatten, um etwas über die Verletzten zu erfahren.
- In Van kam es gegenüber u.a. in einem Autokonvoi feiernden Bevölkerung und JournalistInnen zu einer Vielzahl von Polizeiübergriffen. Polizisten schwenkten Maschinengewehre über ihren Köpfen und liefen im Trupp, militärische Parolen rufend durch die Straßen. DelegationsteilnehmerInnen konnten aus einem Hotel heraus eine Vielzahl schwerer Polizeiübergriffe beobachten. Beliebig wurden Feiernde und zufällig Anwesende mit Schlagstöcken tracktiert. In einem Fall wurde ein passierender Kleinbus und deren Insassen von ca. 10 behelmtten PolizistInnen angegriffen. Die Türen wurden aufgerissen. Die Polizisten schlugen brutal mit Schlagstöcken auf die Insassen ein, die Fenster wurden zerschlagen. Schließlich wurde der blutüberströmte Fahrer aus dem Fahrzeug gezerrt und unter weiterer Prügel zum Gebäude des Gouverneurs (Vali) geschleppt. Mehrere JournalistInnen die Übergriffe dokumentierten wurden zum Teil erheblich verletzt. Darüber hinaus wurde das Gebäude der Kommunalverwaltung, die in Van von der BDP gestellt wird angegriffen, Wasserwerfer, Gasgranaten und Berichten zufolge auch scharfe Munition gegen die feiernde Bevölkerung eingesetzt.

Die Situation im Vorfeld der Wahlen

In den letzten 3 Monaten vor den Wahlen kam es zu 2506 Festnahmen kurdischer PolitikerInnen und AktivistInnen. Im Rahmen des so genannten KCK Verfahrens wurden bereits ca. 4000 (darunter 14 amtierende BürgermeisterInnen) seit April 2009 inhaftiert.

Die erneute Festnahmewelle begann im März 2011 zum Newroz Fest, steigerte sich nach den erfolgreichen Protesten gegen die Nichtzulassung linker, prokurdischer KandidatInnen zur Parlamentswahl durch die Hohe Wahlkommission (YSK) und führte zu mehr als 2506 Festnahmen und hunderten Haftbefehlen. Einer Bilanz des Menschenrechtsvereins Insan Haklari Dernegi (IHD) zufolge wurden nach dem Veto der hohen Wahlkommission, zwischen dem 19. und 29. April alleine 831 Personen, davon 198 Kinder und Jugendliche festgenommen.

Beispiele aus der Provinz Van

Wenige Tage vor den Wahlen wurde der ehemalige Bürgermeister der Kleinstadt Elbak, bei Başkale, in der Nähe von Van inhaftiert. Zuvor hatte es dort massive Proteste gegen einen Besuch von Ministerpräsidenten Erdoğan gegeben. Die Inhaftierung des ehem. Bürgermeisters wird von Experten als Racheaktion eingeschätzt. Der ehem. BDP Bürgermeister, wie auch der amtierende BDP Bürgermeister von Başkale überlebten wenige Wochen zuvor einen Polizeiangriff nur mit Glück. Polizisten hatten auf sie gezeigt und gezielt das Feuer eröffnet.

Aus mehreren Orten in den kurdischen Provinzen der Türkei wurde von Bestechungs- und Erpressungsversuchen, sowie Bedrohungen durch staatliche Kräfte berichtet (u.a. Delegationsberichte aus Ardahan und Van).

Weitere Beispiele dafür: Militär rückte in Dörfer in der Nähe der Kreisstadt Catak nahe Van ein und bedrohte die Bevölkerung, dass sie wenn sie nicht mehrheitlich AKP wählen würde, selbst für negative Sanktionen verantwortlich sei. Auch aus der Region Elbak (Başkale) sind mehrere ähnliche Fälle bekannt geworden. In weiteren Fällen wurde davon berichtet, dass Gouverneur und Polizei zusammen durch Städte gegangen sind, um die Menschen davon zu "überzeugen" die AKP zu wählen.

Aus mehreren Städten wurde von vielen Menschen, unabhängig voneinander und übereinstimmend, berichtet, dass FunktionärInnen der AKP Geld, Kühlschränke und weitere materielle Geschenke verteilten um die Bevölkerung zu bestechen.

Schulterschluss von Regierung und Militär

Als besorgniserregend erwies sich in den letzten Monaten vor den Wahlen die Rhetorik von Ministerpräsident Erdogan. Gut einen Monat vor den Wahlen vollzog die AKP einen offenen Schulterschluss mit dem Nationalen Sicherheitsrat (MGK), samt einem Rückfall in die Vernichtungsrhetorik der 90er Jahre. Jegliches menschenrechtliches Engagement soll demzufolge als Unterstützung des Terrorismus deutbar sein.

In der türkischen Öffentlichkeit und den Medien wurden eine zeitlang auch sehr intensiv friedliche Lösungswege, mit sämtlichen Komponenten bishin zu einer Amnestierung der politischen Gefangenen einschließlich A. Öcalans kontrovers diskutiert. Jetzt wird seitens der AKP und dem Nationalen Sicherheitsrat offenbar ein sicherheitspolitischer Rollback versucht.

- Wie schon einige Male zuvor in der türkischen Geschichte (besonders in den 1990er Jahren) gilt eine derartige Rhetorik Sicherheitskräften und faschistischen Kreisen als Startsignal für gezielte Übergriffe bis hin zum Mord.

Jüngstes Beispiel:

- Nach dem Verfassungsreferendum im Jahr 2010, äußerte Erdogan, dass gegen die widerständige Bevölkerung in Hakkari, wo über 90% der Bevölkerung das Referendum boykottierten, die geeigneten Maßnahmen ergriffen werden müssten. In dem darauf folgendem Monat wurden mehrere Menschen von Militär und Polizei

extralegal hingerichtet, ein Bombenanschlag auf einen Minibus vom Militär durchgeführt, bei dem 9 Insassen starben,, das Haus des Bürgermeisters von Hakkari/Semdinli vom Militär mit Kugeln durchsiebt und vermehrt Jugendliche gezielt von Sicherheitskräften mißhandelt und gefoltert.

Nach den jetzigen Äußerungen Erdogans:

- griffen vielerorts Faschisten Wahlbüros der BDP und Privatwohnungen von AktivistInnen an.
- In Maraş und Corum wurden die Wohnungen kurdischer AlevitInnen mit Kreuzen gekennzeichnet. In den 80er und 90er Jahre galt diese Markierung als gezielte Todesdrohung. In Beytüşşebap, in der Region Şırnak wurde wenige Tage vor der Wahl ein Wahlkonvoy der BDP von Verwandten des AKP Kandidaten mit Steinen beworfen. Dabei gab es mindestens zehn Verletzte.
- In Istanbul wurden am 09. Juni 2011 Menschen, die für den Wahlblock für Arbeit, Demokratie und Freiheit plakatierten, von Faschisten mit Dönermessern angegriffen und teilweise schwer verletzt.
- In der Nacht zum 09. Juni 2011 wurde das Wahlbüro der Parlamentsabgeordneten und Kandidatin Sebahat Tuncel (BDP) mit Steinen angegriffen.
- Wenige Wochen zuvor wurde das BDP Büro in Derecik mit Schusswaffen und Molotowcocktails angegriffen.

Offensichtlich sollte durch die genannten und weitere „Maßnahmen“ mit allen Mitteln die freie demokratische politische Entfaltung der kurdischen Bevölkerung verhindert werden.

Wahlergebnis der Parlamentswahlen für die Gesamttürkei:

AKP	21,441,303	49.85 %
CHP	11,131,910	25.88 %
MHP	5,580,194	12.97 %
Wahlblock (BDP)	2,858,668	6.65 %

Sitzverteilung in der Nationalversammlung:

AKP	326	Sitze
CHP	135	Sitze
MHP	53	Sitze
Wahlblock (BDP)	36	Sitze

Einzelberichte

Provinz Van

Van ist die Hauptstadt der Provinz Van und hat offiziell 367.419 EinwohnerInnen. Die Provinz Van hat 979.671 EinwohnerInnen. Die Stadt lag bis zum Ende des offiziellen Ausnahmezustands (OHAL) im November 2002, im Ausnahmezustandsgebiet. Auch jetzt sind Polizei in Uniform und Zivil, an vielen Straßenecken postierte Wasserwerfer und Panzerfahrzeuge sowie Militärfahrzeuge ein unübersehbarer Bestandteil des Alltagslebens. Die Repression ist in der Universitätsstadt unübersehbar.

Heute ist Van, neben Diyarbakir die zweite Metropole der kurdischen Provinzen der Türkei. Van wird von der BDP regiert. Bürgermeister der Stadt ist Bekir Kaya. Die Stadtverwaltung hat in den letzten Jahren, trotz finanzieller Benachteiligung durch den Staat, viele sinnvolle Infrastrukturelle und soziale Projekt umgesetzt. In den Stadtteilen entscheiden basisdemokratische Strukturen über politische Belange.

Die Region Van wurde seit ca. 5000 v. Chr. besiedelt. Die Geschichte der Stadt reicht knapp 3000 Jahre zurück. Unter dem Namen Tuzpa war Van seit dem 9. Jahrhundert v. Chr. die Hauptstadt des Königreiches von Urartu. Die Stadt bildete sich um die urartäische Festung bei dem heutigen Van Kalesi (Van Burg). Nach Kriegen gegen Assyrer, Kimmerer und Skythen ging das Königreich Urartu im 6. Jahrhundert v. Chr. unter.

Van ist auch für seine Katzen bekannt. Die weiße Vankatze hat häufig zwei verschiedene Augenfarben und ist weltweit gefragt. Eine besondere Sehenswürdigkeit in der Provinz ist die armenische Kirche zum Heiligen Kreuz (armenisch *Surb Chatsch*) auf der Insel Akdamar im Vansee.

Die Wahlen

Van Stadt

Unsere Delegation suchte insgesamt 14 Schulgebäude und 28 Wahlräume auf. Wir bekamen Zutritt zu allen von uns aufgesuchten Gebäuden. Es gab lediglich einige Male kurze Irritationen auf Seite der Polizei über unsere Anwesenheit, die sich jedoch problemlos klären ließ. Auch die Wahlräume konnten wir betreten.

In allen von uns besuchten Gebäuden waren Polizeibeamte anwesend. Bis auf zwei Ausnahmen waren sie direkt vor den 28 Wahlräumen postiert. Sie übernahmen auch organisatorische Aufgaben. Sie wurden z.B. damit beauftragt, Wählerlisten vor den Klassenräumen aufzuhängen oder die Warteschlangen zu ordnen. In acht Fällen hielten sich die Polizisten in den Wahlräumen auf. In vier Fällen verließen sie unmittelbar nachdem wir eintraten den Raum.

Darüber hinaus waren vor allen Wahlgebäuden Polizei postiert. Vor acht Gebäuden wurden Körperkontrollen durchgeführt. Ansonsten wurden lediglich die Wahlberechtigungsscheine kontrolliert.

Auf dem Gelände vor fünf der Gebäude waren zusätzlich verankerte und teils schussbereite Militärfahrzeuge postiert. In drei dieser Fälle waren Einheiten der Spezialeinheiten (Özel Tim) anwesend. In einem Fall verließen die Fahrzeuge unmittelbar nach unserer Ankunft das Gelände.

Auf unsere Nachfrage hin wurde die Anwesenheit des Militärs und auch der Polizei in den Wahlräumen damit begründet, dass es Vorfälle vor unserer Ankunft gegeben hätte, die nun bis zur Schließung der Büros durch die Anwesenheit der Sicherheitskräfte verhindert werden solle. Gemäß den Wahlgesetzen darf auch die Polizei den Schutzabstand zur Urne von 15m nur überschreiten wenn sie ausdrücklich vom Vorsitzenden der Wahlkommission dazu aufgefordert wird. Dass es in sämtlichen von uns besuchten Büros zu Zwischenfällen kam war nicht der Fall. Vielmehr handelte es sich um einen systematischen geplanten Einsatz von Polizei und Militär in sämtlichen Wahlbüros.

Die Vorsitzenden der Wahlkommission gaben fast immer bereitwillig Auskunft über den Verlauf der Wahlen, über ihren Umgang mit AnalphabetInnen, sowie alten und kranken WählerInnen. Die offiziellen Wahlbeobachter (Müşahit) berichteten überwiegend, alles laufe sehr gut. Entgegen der Aussagen der leitenden Wahlkommission wurde uns jedoch von WahlbeobachterInnen berichtet, dass z.B. AnalphabetInnen und alten Menschen praktische Unterstützung oder eine systematische Erklärung der Wahlzettel verweigert wurde.

Die offiziellen Wahlbeobachter, die in den Wahlräumen den Ablauf der Wahlen und später auch die Auszählung beobachten durften, schienen in Anwesenheit der offiziellen Wahlkommission sowie der Polizei teils eingeschüchtert. In mehreren Fällen wurden wir nach Verlassen des Büros von diesen Wahlbeobachtern noch einmal aufgesucht. Uns wurde dann von weiteren Unregelmäßigkeiten berichtet. Ihr Schweigen im Wahlbüro begründeten sie mit der Angst vor Verhaftung.

Die Urnen waren überwiegend versiegelt. In vier Fällen schien uns die Versiegelung nur teils effektiv, in einem Fall gab es keine Versiegelung. Was unmittelbar nach unserem Hinweis nachgeholt wurde.

Die Auszählung

Wir konnten der Auszählung in einem Wahlgebäude beiwohnen. Es waren Polizeibeamte in allen Auszählungsbüros anwesend. Ansonsten wurden die Umschläge ordnungsgemäß geöffnet und ausgewertet. Die Wahlzettel wurden im Anschluss unter dem Schutz eines Wasser/Gas-Werfers und einem kleineren Panzerfahrzeug zum zentralen Sammelort beim Gouverneur (Vali) gebracht.

Die Bevölkerung sammelte sich bereits vor Beginn der Auszählung vor dem von Polizeieinheiten zugestellten Eingangstor und einer im Hintergrund agierenden Sondereinheit. Uns wurde berichtet, dass sich die Bevölkerung dort postiert, um zu verhindern, dass wie bei den letzten Wahlen üblich Wahlurnen verschwinden. Mehrfach wurde von der Polizei unter Androhung vom Einsatz von Wasser- und Räumfahrzeugen versucht die Menge zu zerstreuen. Erst nach dem Abtransport der Urnen zerstreute sich die Menge und strömte ins Zentrum um die Wahlen zu feiern.

Delegation: Ellen Jaedicke und Reyhan Pektas

Van Erciș

Wir beobachteten den Wahlvorgang in verschiedenen Wahllokalen in Erciș und Umgebung.

Dabei stellten wir folgendes fest:

- Die landesweite 10%-Hürde behindert den Wahlerfolg neuer politischer oder regional tätiger Kräfte
- Abhängig von den Absichten des Wahlvorstands in den einzelnen Wahllokalen behindert die Präsenz bewaffneter Kräfte (Polizei, Jandarma, Militär), selbst direkt vor den Wahlurnen, die freie, demokratische und unbeeinflusste Wahlentscheidung. Der gesetzlich vorgesehene Abstand von 15 Metern wurde dabei in der Regel nicht eingehalten.
- Die Gestaltung der Stimmzettel benachteiligte eindeutig die unabhängigen KandidatInnen. Ihre Namen wurden in Schrittgröße 8 gedruckt und waren selbst mit Brille schwer lesbar, während die Symbole der Parteien wesentlich mehr Raum einnahmen
- Zudem erfuhren wir, dass im Ausland lebende Türken und Kurden unabhängige KandidatInnen nicht wählen konnten.

Folgende konkrete Vorfälle können wir aus dem Gebiet Erciș berichten:

- Im Dorf Haşrof befand sich schwer bewaffnetes Militär im Wahllokal, vom Wahlvorstand geholt zur Streitschlichtung. Der befehlshabende Offizier sicherte zu, nach einer halben Stunde das Wahllokal wieder zu verlassen
- In der Yeşilova Mahallesi (Ziya Gökalp Grundschule), einer Hochburg der BDP, trat die anwesende Polizei (zivile und uniformierte Kräfte) äußerst provokant auf. Die WählerInnen mussten einzeln durch eine ganze Reihe von Polizeikräften gehen. Auch hier hatte der Wahlvorstand die Polizei gerufen. Später verhaftete die Polizei zwei Mitglieder der Wahlkommission (BDP) unter dem Vorwand der Wahlfälschung. Dies führte zu Protesten der Nachbarschaft, die Polizei holte Verstärkung, darunter auch einen Panzer. Ab diesem Zeitpunkt war der Wahlvorgang vor Ort faktisch beendet.
- Vor einigen Schulen war das Militär bewaffnet mit G3-Maschinengewehren. Diese werden sonst nur in Kriegseinsätzen verwendet.
- In der Kadir Rezan Has Grundschule wurde der BDP-Vertreter in der Wahlkommission zusammengeschlagen. Von weiteren Wahllokalen wurde uns Ähnliches berichtet.
- Ein Wähler berichtete von einem Vorfall bei dem Wahlgang seiner blinden, etwa 90-jährigen Großmutter. Der Wahlleiter, der ihr helfen sollte, versuchte fälschlich eine Partei zu wählen. Erst auf Intervention des Enkels wurde der Wahlvorgang wiederholt, die Stimmabgabe erfolgte für einen unabhängigen Kandidaten

- In der Solucayır Mahallesi wurde berichtet, dass die Polizei Wähler durchsucht und nicht nur den Ausweis kontrollierte.

Delegation: Ilke Polat, Brigitte Wolf, Kerem Schamberger

Van Bahcesaray

Unserer Delegation wurde seitens des Landrats (Kaymakam) davon abgehalten, die Wahllokale (Schulgebäude) zu betreten. Nach der Bekanntgabe der Entscheidung über Lautsprecher wurde uns der Zugang zu sämtlichen Schulen verweigert.

Wir konnten beobachten, dass Jandarma großen Druck ausübten. Es gelang fünf Dörfer in Bahcesaray aufzusuchen, wobei der Gruppe bei zwei Dörfern der Zutritt mit der Androhung einer Festnahme verweigert wurde.

In Altindere haben Dorfschützer BDP-Mitglieder attackiert, einer von ihnen wurde am Kopf verletzt.

Delegation MdL NRW Bärbel Beuermann (Die Linke), Kerstin Kuballa, Ali Naki

Wahlergebnis in der Provinz Van:

AKP	40,18%	4 Sitze
Kemal Aktas (Unabhängig/Wahlblock BDP)	15,37%	1 Sitz
Özdal Ücer (Unabhängig/Wahlblock BDP)	12,06%	1 Sitz
Aysel Tugluk (Unabhängig/Wahlblock BDP)	11,59%	1 Sitz
Nazmi Gür (Unabhängig/Wahlblock BDP)	9,68%	1 Sitz
CHP	3,73%	
MHP	2,99%	
Unabhängige/Wahlblock BDP	48,70%	4 Sitze

Patnos, Provinz Agri

Patnos ist eine Stadt mit offiziell 62068 EinwohnerInnen (Landkreis Patnos 122231 EinwohnerInnen), in der Provinz Agri (530879 EinwohnerInnen). Seit 2009 stellt die Demokratische Friedenspartei (BDP) hier den Bürgermeister. Insgesamt ist die Provinz Agri relativ konservativ geprägt. Hier herrscht starke Repression durch Militär, Geheimdienst und Polizei. Ebenfalls in der Stadtmitte befindet sich eine große Militärstation. Im öffentlichen Raum sind nur wenige Frauen sichtbar.

Patnos ist in einem Tal zwischen mehreren Bergen gelegen. Die Bevölkerung lebt überwiegend von Landwirtschaft. Die Ebene von Patnos wird seit 1300 v.Chr. besiedelt und

war eines der Zentren der urartäischen Zivilisation. In der Stadt befinden sich mehrere Ruinen aus der urartäischen Zeit. Besonders erwähnenswert ist die Burg Aznayaur Tepe, ein sehr beeindruckendes historisches Gebäude.

Der Bürgermeister der Stadt ist Yusuf Yilmaz. Die Stadtverwaltung setzt, wie in sämtlichen Gemeinden, die von der BDP regiert werden, trotz desaströser Finanzlage Projekte zur Verbesserung der Lebenslage der Menschen um. U.a. wurde in der Stadtmitte ein Erholungspark mit Restaurant gebaut.

Die türkische Regierung und Gouverneure sämtlicher kurdischer Provinzen benachteiligen die von der BDP regierten Gemeinden entgegen europäischen Standards systematisch.

Die Wahlen

In der Stadt Patnos

Wir besuchten mehrere Wahllokale, die sich meist in Schulen befanden. Wir hatten die Möglichkeit mit WählerInnen, UrnenleiterInnen, WahlbeobachterInnen der AKP, CHP, MHP und des Wahlblocks für Demokratie, Arbeit und Freiheit (einem Bündnis der BDP mit mehreren türkischen Linken Parteien, Intellektuellen und KünstlerInnen), Jugendlichen, StudentInnen, Ärzten, Polizisten, einem Richter, Anwälten, Mitgliedern der Menschenrechtsorganisation İnsan Hakları Derneği (IHD), dem Bürgermeister der Stadt, Yusuf Yilmaz, Muhtaren (Dorf- und Stadtteilvorstehern) und Mitgliedern der BDP zu sprechen.

In sämtlichen Wahllokalen befanden sich direkt vor dem Wahllokal, in einem Abstand von weniger als 100 Metern Polizeikräfte in Zivil und Uniform (teilweise gepanzert und mit Gewehren im Anschlag), die in einigen Fällen den Zugang der WählerInnen zum Wahllokal erschwerten und zum Teil auch phasenweise blockierten. In jedem der Wahllokale in den Schulen der Stadt sahen wir bewaffnete Polizeikräfte in Uniform und Zivil, die sich meist in einem Abstand von weniger als fünf Metern von den Urnen aufhielten. Im Gespräch mit WählerInnen, WahlbeobachterInnen und Wahlleitern/Urnenvorsitzenden erfuhren wir, dass besonders Jugendliche unter Androhung von Folter mit Schlagstöcken aus dem Wahllokal geprügelt wurden. Auch ältere Frauen waren davon betroffen.

Unsere Delegation wurde die meiste Zeit von Zivilpolizisten und teilweise auch uniformierten Kräften verfolgt. Bei jedem der besuchten Wahllokale berichteten WahlbeobachterInnen und WählerInnen, dass sich die dort massiv präsenten Polizeikräfte kurz vor unserer Ankunft Großteils zurückgezogen haben – und sich nach unserem Verlassen des jeweiligen Wahllokals wieder dort hinein begeben haben.

Die Polizisten und Geheimdienstmitglieder, die sich auch nach unserem Eintreffen noch direkt vor den Urnen aufhielten, sagten auf unsere Nachfrage, dass sie nicht, wie gesetzlich vorgesehen, von den UrnenleiterInnen nach Unruhen aufgefordert wurden sich den Urnen näher als 15 Meter zu nähern, sondern von einem Kommandanten. In keinem der Fälle wurde uns der Name des Kommandanten genannt. Die Polizisten in Zivil und Geheimdienstmitglieder trugen ihre Pistolen an der Hüfte offen zur Schau. In den überwiegenden Fällen gaben die UrnenleiterInnen uns die Auskunft, dass es keinerlei Probleme oder Unruhen im Wahllokal gebe, sich die „Sicherheitskräfte“ aber ohne ihre

Aufforderung in unmittelbarer Umgebung der Urne aufhielten. In einigen Fällen sagten UrnenleiterInnen, dass sie die Sicherheitskräfte gerufen hätten. In etwas längeren Gesprächen und auf Nachfrage nach ihrem Namen, wurde dann jedoch zugegeben, dass Mitglieder des JITEM und Polizisten sie gezwungen hatten, dies gegenüber internationalen Wahlbeobachtern so zu äußern. **(siehe unten 1.)**. In einem Fall sagte der Wahlkommissionsleiter er habe nach Unruhen die Polizei gerufen, ein weiteres Mitglied der Wahlkommission sagte, dass es keinerlei Unruhen gegeben habe und die Polizei sich ohne Aufforderung dort aufgehalten habe.

In der Schule „Vali Yusuf Yavascan Ilköğretim“ hielten sich in einem Lehrerzimmer im Eingangsbereich ca. 10 Polizisten in Uniform auf, die WählerInnen gegen Vorzeigen des Passes ihre Wahlnummern und Urnen, mit Hilfe Internetzugangs mitteilten. Die übliche Praxis waren diesbezüglich Aushänge im Wahlbereich. Die Erfüllung dieser Aufgabe durch Polizeikräfte, gegen Vorlage einer Identifikation entbehrt jeglicher Rechtsgrundlage, stellt einen massiven Verstoß gegen den Grundsatz der geheimen Wahl dar und kann in Anbetracht der Situation nur als versuchter Einschüchterungsversuch der WählerInnen gesehen werden. Im Gespräch teilte uns der verantwortliche Polizeibeamte vor Ort, S. Güzel, mit, dass er einen derartigen Befehl von seinem Kommandanten erhalten hatte, den er zu einem Gespräch rufen würde. Die Person, die dann in zivil erschien und uns als Kommandant benannt wurde, verweigerte jedoch in demonstrativer Ignoranz jegliches Gespräch.

In dem Wahllokal in der Schule Nisan Ilköğretim Okulu wurden der Urnenleiter und Wahlhelfer von einem Polizisten oder Geheimdienstangehörigen in zivil bedrängt und bedroht (1.). Vor der Schule bedrängten ungefähr 20 Polizisten die DelegationsteilnehmerInnen, während Sondereinheiten der Polizei für mehrere Minuten, das gesamte Wahllokal hermetisch abriegelten. Insbesondere unser Dolmetscher wurde hier aggressiv angegangen und bedroht. Nach langem ruhigen einreden auf den zuständigen Einsatzleiter konnten wir die Situation deeskalieren und die Wahlbeobachtung fortsetzen.

In keinem der von uns in Patnos besuchten Wahllokale wurden die ohnehin schon menschenrechtswidrigen Abstandregulierungen seitens der Sicherheitskräfte eingehalten.

Frauen waren am Wahltag, sowohl auf der Straße als auch in den Wahllokalen kaum zu sehen. Die ständige ungeheure Repression durch Sicherheitskräfte ist einer der wesentlichen Gründe dafür; ein weiterer die konservative Grundstruktur in der gesamten Provinz Agri.

Am Wahltag wurden 16 WahlbeobachterInnen der BDP wegen der vermeintlichen Anstiftung zu Unruhen verhaftet. Die WahlbeobachterInnen des Wahlblocks wurden systematisch aus den Wahllokalen verwiesen. Auf unsere Nachfrage hatten diese, in den von uns nachvollziehbaren Fällen jedoch lediglich kritische Fragen gestellt oder das bedrohliche und rechtswidrige Verhalten der Sicherheitskräfte kritisiert.

Viele bei der Hohen Wahlkommission (YSK) akkreditierte Wahlbeobachter, die die „Sicherheitskräfte“ der BDP zuordneten, wurden ebenfalls von der Auszählung ausgeschlossen.

Die Öffnungszeiten der Urnen sollte von 7 Uhr bis 16.00 Uhr sein. In vielen Dörfern wurden sie allerdings bereits Mittags geschlossen.

Die Situation in den Dörfern

Grundsätzlich ähnelte die Praxis in den Dörfern im Landkreis Patnos, den in Bezug auf die Stadt beschriebenen Mechanismen. Da in Dörfern jedoch eher das Militär (Jandarma) und Dorfschützer die Funktion der Polizei erfüllen, ist die Praxis dort jedoch in vielen Fällen noch gewaltförmiger und bedrohlicher.

In einigen Dörfern wurde darüber hinaus, übereinstimmenden Berichten von AnwältInnen, MenschenrechtlerInnen, WahlbeobachterInnen verschiedener Parteien, der Kommunalverwaltung, dem Bürgermeister der Stadt und DorfbewohnerInnen zufolge massiv Gewalt gegen die DorfbewohnerInnen angewendet. Oft wurde eine Mehrheit der Dorfbevölkerung geschlagen. Dabei wurde seitens der Jandarma angekündigt: „Wir werden die AKP hier zur ersten Partei machen.“ In anderen Fällen wurde bereits seit Öffnung der Wahllokale jegliche Wahlmöglichkeit verhindert. Stattdessen füllten die Soldaten (Jandarma) die Stimmzettel selbst aus. Die Wahllokale wurden daraufhin direkt geschlossen, die Urnen bereits mittags zur Auszählung in die zentrale Auszählungsstelle gebracht. In weiteren Dörfern kam es zu Wahlbetrug und Gewalt durch Militär (Jandarma). Bereits vor den Wahlen bedrohten Jandarma oder Dorfschützer die DorfbewohnerInnen mit Kollektivstrafen oder Gewaltandrohungen und Todesdrohungen. Betroffen von einer derartigen Praxis waren folgende 33 Dörfer:

- Köseler
- Gönlüacik
- Yesilhisar
- Saridibek
- Gündüz
- Yukarigögmez
- Hisar
- Konakbey
- Kurekli
- Derecik
- Aktepe
- Ergecli
- Andacli
- Karatoklu
- Pirömer
- Yurtören
- Akdilek
- Bozoglak
- Baltacik
- Cavus
- Dedeli
- Degirmendüzüp
- Dogansu
- Gökoglu
- Gencali
- Güverncili
- Hasandolu

- Kuskaya
- Kurukaya
- Özdemir
- Suluca
- Yürükveren
- Zirekli

In zwei Dörfern einigten sich die Männer, laut Aussagen betroffener Frauen darauf, keine Frauen wählen zu lassen und stattdessen die Stimmen selbst und durch Söhne abzugeben

Versuch des Gesprächs mit der zuständigen Wahlrichterin

Nach dem Schließen der Wahllokale und Beobachtungen der suchten wir das Gespräch mit der für die Wahl zuständigen Wahlrichterin, die im Gebäude des Bezirksgouverneurs (Kaymakam) residierte, um u.a. die Rechtswidrigkeiten im Wahlverlauf zu thematisieren. Das Gebäude wurde hermetisch von Sondereinheiten der Polizei abgeschirmt. Erst nach mehrmaligen insistieren konnten wir das Gespräch mit dem Stellvertreter der Richterin suchen. Dieser fing jedoch nach ca. einer Minute Gespräch, nachdem wir unsere erste Frage nach den Modalitäten der Auszählung gestellt hatten, sofort an laut und aggressiv zu schreien ohne auf die Frage einzugehen. Nach ca. 5 Minuten des Versuchs einen sachlichen Ton in das Gespräch, jenseits von Provokation und versuchter Erniedrigung zu bringen, brachen wir das Gespräch, ohne Klärung eines unserer Anliegen ab.

Wahlergebnis für Patnos und die Provinz Agri

Patnos

AKP	20015 Stimmen
Halil Aksoy - Wahlblock (BDP)	14809 Stimmen
CHP	1139 Stimmen
Nidai Seven	907 Stimmen
BBP	759 Stimmen
MHP	493 Stimmen
DSP	222 Stimmen
Andere	973 Stimmen

Provinz Agri

278399 WählerInnen

Davon haben gewählt: 207834

Davon gültige Stimmen 201974

AKP	95957	47,51%	3 Sitze
Halil Aksoy (Unabhängig/Wahlblock BDP)	82882	41,04%	1 Sitz
CHP	4483	2,22%	

MHP

4457 2,21%

Dem Zweiten Kandidaten des (Unabhängige/Wahlblock BDP) Murat Öztürk wurde die Kandidatur von der hohen Wahlkommission (YSK) untersagt, wogegen bis zum Wahltag Widerspruch eingelegt wurde. Daher verfiel der 2. Sitz für die Unabhängigen Kandidaten.

Nach Bekanntgabe der Wahlergebnisse feierte die Bevölkerung den Erfolg des Wahlblocks. Die Bevölkerung sieht den Erfolg der BDP als klare Positionierung zugunsten der Demokratie. In Parolen wurden das Modell der Demokratischen Autonomie und die Verbundenheit mit der PKK zum Ausdruck gebracht. Die juristische, militärische und polizeiliche Unterdrückung wird berechtigter Weise als nicht mehr hinnehmbar angesehen. Die in Patnos allgegenwärtige Repression erinnert eher an Zustände in einer autokratischen Gesellschaftsordnung oder einer Militärdiktatur. Dementsprechend wird sie von der Bevölkerung als Besatzung mit faschistoiden Momenten wahrgenommen.

Delegation: Britta Eder, Rechtsanwältin, Michael Knapp, Historiker, Martin Dolzer, Soziologe und Wissenschaftlicher Projektmitarbeiter des MdB und Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarats Andrej Hunko (Die Linke)

Provinz Kars

Kars (armenisch *Ghars*, kurdisch Qers) ist das Verwaltungszentrum der gleichnamigen Provinz Kars in der Türkei. Die 75.291 Einwohner zählende Garnisonsstadt liegt im Nordosten der kurdischen Provinzen des Landes, etwa 45 km westlich der Grenze zu Armenien und 65 km südlich der türkisch-georgischen Grenze, auf einer Höhe von 1.768 m ü. NN.

In der Provinz leben 312.205 Einwohner, davon etwa ein Drittel in der Stadt Kars

Nach Ende des Ersten Weltkriegs übergab Russland Kars nach dem mit Deutschland abgeschlossenen Friedensvertrag von Brest-Litowsk an die Türkei. Früher gehörten die heute selbstständigen Provinzen Ardahan und Iğdır zu Kars.

Die Wahlen

Bei unserer Wahlbeobachtung in der Stadt Kars und im Kreis Sarikarmis sowie Kagizman konnten wir feststellen, dass sich in allen Wahllokalen, die wir aufgesucht haben, Polizisten bewaffnet in unmittelbarer Nähe des Wahlbüros innerhalb des Gebäudes aufgehalten haben. Dies widerspricht den gesetzlichen Regelungen, nach denen die Polizei mindestens einen Abstand von 15 Metern von der Wahlurne einhalten muss. Ein im ersten Wahllokal von uns angesprochenen Polizist machte bereits die Handhabung dieser Vorschrift deutlich: „Das ist doch alles nur Papier“.

Studenten in der Kreisstadt Sarikamis und in der Stadt Kars, die sich als Wahlbeobachter oder Wahlhelfer für das Wahlbündnis der BDP betätigen, berichteten übereinstimmend, dass der Rektor ihnen angedroht hat sie durch die mündliche Prüfung fallen zu lassen oder vom Studium auszuschließen, wenn sie ihr Engagement fortsetzen. In der Regel wurde das Rektorat von der Polizei über die Aktivitäten der Studenten informiert. Gegen viele

Studenten wurden von der Staatsanwaltschaft Ermittlungsverfahren wegen ihrer Wahlunterstützung für die BDP eingeleitet.

In Kagizman war auffällig, dass die Wahlleiter, nahezu aller von uns besuchten Wahllokale auf unsere Nachfrage mitteilten, dass die Analphabeten und Kranken in die Wahlkabine begleitet werden und man ihnen bei der Stimmabgabe behilflich ist. Die Wahlleiter verwiesen darauf, dass diese Praxis bei der Wahlleiterschulung vermittelt wurde. Dies widerspricht der gesetzlichen Vorgabe die für diesen Fall, nur die Begleitung eines Verwandten oder einer Vertrauensperson vorsieht. Bei einer Analphabetenrate von 25% bis 30%, kann eine Manipulation des Wählerwillens nicht ausgeschlossen werden, da sich die Wahlkommissionen nur aus den staatsnahen Parteienvertretern zusammensetzen.

In einigen Wahllokalen waren in der Wahlkommission, die die organisatorischen Aufgaben bei der Stimmabgabe übernehmen, bis zu vier AKP-Vertreter anwesend. Zusätzlich hatte man zur Beeinflussung der Wähler, durch Instrumentalisierung der Religion die örtlichen Imame, als „Urnen-Wächter“ eingesetzt. Diese sollten, dass besondere Vertrauen in die AKP nochmals bestärken.

Kurz nach Öffnung der Wahllokale, stellten wir bei unseren ersten Besuchen fest, dass der Kandidat der CHP (Republikanische Volkspartei) in Begleitung mehrerer Anhänger noch Wahlkampf führte und die letzte Möglichkeit zur Wählerbeeinflussung unerlaubt nutzte.

Nach Bekanntgabe der Wahlergebnisse (CHP ohne Kandidateneinzug ins Parlament) erlitt er einen Herzinfarkt.

Das Dorf Köroglu

Am späten Vormittag wird unsere Delegation gebeten, in das Dorf Köroglu (Provinz Kars) zu fahren, weil sich dort die Militärpolizei (Jandarma) im Wahllokal aufhalten würde. Nach der Anfahrt über eine unbefestigte Straße kommen wir im Dorf an. Schon von weitem sehen wir die vor der kleinen Dorfschule geparkten Militärlaster und eine Gruppe von um die 20 Militärpolizisten mit Tarnanzug und Sturmgewehr (das deutsche G3 der Firma Heckler & Koch).

Das erste was beim Betreten des Klassenzimmers in dem die Urnen stehen zu sehen ist, ist ein Jandarma, der direkt neben der Wahlkabine steht und gerade einen prüfenden Blick in die Kabine wirft, in der jemand seine Stimme abgibt. Er trägt sein Sturmgewehr quer vor dem Bauch, ist groß, schlank und sehr jung, 19 oder 20 Jahre alt.

Wir fragen ihn, ob er wisse, dass das türkische Gesetz einen Mindestabstand von 15 Metern von der Urne für Polizei und Militär vorsieht. Er reagiert nicht und starrt an uns vorbei ins Leere. Dann sagt er endlich leise: „Ich möchte mich dazu nicht äußern.“ Schließlich kommt der Vorgesetzte dazu. Er erklärt, dass es am Morgen um 8 Uhr einen Streit zwischen zwei Personen gegeben habe. Daraufhin hätte der Leiter der Wahlkommission die Jandarma gerufen.

Warum diese gegen 12 Uhr immer noch im Wahllokal steht und in die Wahlkabinen schaut, konnte für uns nicht schlüssig erklärt werden. Und als wir das Wahllokal nach der

Zusicherung, dass die Jandarma zufällig jetzt gerade wieder abgezogen werden sollte, wieder verlassen, schaut der junge Mann wieder in die Wahlkabine!

Die Dorfbewohner wirken eingeschüchtert und wir haben den Eindruck, dass es sich hier um eine zwischen dem AKP-Dorfvorsteher und der Jandarma abgesprochene Maßnahme handelt, um den Wählern die Macht des Staates zu verdeutlichen. Viele kurdische Dörfer wurden vor den Wahlen bedroht. Den Leuten wird gesagt, dass sie Nachteile zu befürchten haben, wenn sie nicht die AKP wählen: keine Befestigung von Straßen, Entzug von Weiderechten, Entzug der „Grünen Karte“ für eine kostenlose Basis-Gesundheitsversorgung, Streichung von Schulhilfen für die Kinder, keine Zuteilung von Kohle und Holz für die langen harten Winter (6 Monate, bis zu Minus 40 Grad).

Im Kreis Sarikamis der Provinz Kars wurden diese Sanktionen ganz öffentlich bei einem der regelmäßigen Treffen des Gouverneurs mit den Dorfvorstehern und Imamen verkündet. Diese sollten die Drohung an die Bevölkerung weitergeben.

Die Atmosphäre der Einschüchterung war für uns deutlich spürbar und der Anlass uns an den zuständigen Beschwerderichter zu wenden.

Besuch beim zuständigen Richter

Das Gespräch mit dem für den Kreis Sarikamis zuständigen Beschwerderichter Hasan Öztürk wurde uns ohne Probleme gewährt. Dieser machte zunächst deutlich, dass er bereits bestens über unseren Aufenthalt in Sarikamis informiert war. Er wusste genau, welche Wahllokale wir aufgesucht und welche Gespräche wir geführt hatten. Er selbst habe angeordnet, dass man uns die Wahllokale betreten lasse solle. Er betonte seine Machtposition. Er sei für die ganze Provinz als Wahlleiter verantwortlich und habe noch weitere staatliche Aufgaben. Er sei derjenige der letztlich über die Wahl hinaus Entscheidungsbefugnisse habe.

Hinsichtlich der gesetzlichen Vorgabe, dass die Polizei 15 Meter Abstand von der Wahlurne einhalten müsse, zeigte er eine sehr flexible Haltung und bestätigte letztlich nur in „gehobener“ Rhetorik, die bereits oben genannte Position des Polizisten. Die Polizei müsse schließlich für den ordentlichen Ablauf der Wahl sorgen und bei Konflikten sofort eingreifen können.

Bezüglich des Dorfes Köroglu teilte er mit, er habe „einen Mann“ hingeschickt um die Sache zu regeln. Damit sei für ihn die Sache erledigt. Er habe nach unsere Anwesenheit im Dorf außerdem angeordnet, dass sich die Jandarma außerhalb des Wahllokals aufhalten müssen.

Für uns wurde deutlich, dass die Polizei und der Beschwerderichter offensichtlich gut zusammenarbeiten und die Gewaltenteilung nicht eingehalten wird, da der Beschwerderichter alleinige und unkontrollierte Entscheidungsbefugnisse besitzt. An der in der Vergangenheit schon üblichen Praxis, dass sich bewaffnete Polizei und Jandarma in und um das Wahllokal aufhalten, hat sich nichts geändert.

Die Nichteinhaltung gesetzlicher Regelungen wird nicht als Problem betrachtet, sondern als selbstverständlich angesehen.

Delegation: Brigitte Kiechle, Anwältin, Dr. Nikolaus Brauns, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke (Die Linke) und Journalist, Yilmaz Kaba, Vorstandsmitglied der Partei Die Linke Niedersachsen, Gül Güzel, Journalistin und Dolmetscherin, Melanie Küpper, Rote Hilfe, Abdullah Polat, Dozent, Journalist, Gewerkschaft ver.di, Ulf Petersen, Naturfreunde, Köln

Wahlergebnis in der Provinz Kars

AKP	42,57%	2 Sitze
Mülkiye Birtane (Unabhängig/Wahlblock BDP)	19,29%	1 Sitz
MHP	17,26	

Provinz Sirnak

Die Provinz Şırnak liegt nahe dem Dreiländereck Türkei/Syrien/Irak. Die Provinz hat offiziell 416.001 EinwohnerInnen.

In der offiziell 54.263 EinwohnerInnen zählenden Provinzhauptstadt Sirnak, zwischen den Gebirgsmassiven Cudi und Gabar, in der weit mehr als 10000 türkische Soldaten stationiert sind, herrscht, wie in der gesamten Provinz faktisch ein andauernder Ausnahmezustand. Newroz 1982 wurden hier 83 Menschen von Sicherheitskräften ermordet. Sirnak kann nur nach Passieren mehrerer Kontrollpunkte des Militärs erreicht werden. In Sichtweite der Stadt wurde in den 1990er Jahren, für die Bevölkerung gut sichtbar, ein Folterzentrum mit mehreren unterirdischen Etagen errichtet.

Die meisten Menschen leben hier von der Landwirtschaft, sind jedoch existenziell bedroht, da ihnen das Recht ihr Weideland zu Nutzen immer wieder entzogen wird. In dieser Gegend finden ständige Militäroperationen statt. Übergriffe und schwere Menschenrechtsverletzungen, sowie ständige psychologische Kriegsführung durch Militär und Polizei sind an der Tagesordnung.

Wahlen

Wir beobachteten Wahllokale in der Provinz Sirnak, Kreis Uludere und Beytüşebap.

In Uludere selbst wurden wir von der Bürgermeisterin begleitet und besuchten zunächst mehrere Wahllokale in einer Schule. Das Militär war hier in sichtbarer Entfernung postiert. Im Vorraum war Polizei, die eigentlich 15 Meter Abstand halten sollte. Darauf angesprochen, meinte einer der Vorgesetzten, er sei für das ganze Haus zuständig. Dann gab es Streit darüber, ob die Bürgermeisterin uns begleiten dürfe oder dies nicht auch eine Beeinflussung darstelle. Der Polizeioffizier kündigte eine Anzeige gegen die Bürgermeisterin an. Wir wiesen

darauf hin, dass auch der Gouverneur anwesend sei, der vom Staat eingesetzt wird und einiges an Machtbefugnissen hat, weil er z.B. über die Zuteilung der grünen Karten entscheidet, mit denen eine Grundhilfe und Gesundheitsversorgung gewährt wird. Der Polizeibeamte wollte diesbezüglich keine Parallelität erkennen.

In diesem Fall kam der Richter, der von der Hohen Wahlkommission berufen war. Er wirkte tatsächlich mäßigend auf den Konflikt ein und brachte die Polizeikräfte dazu, Abstand zu halten. Später hörten wir, dass er den Polizeioffizier wohl auch dazu gebracht hat, die Anzeige zurück zu ziehen.

In einem weiteren Wahllokal keine Vorkommnisse und ein ruhiger, geordneter Verlauf. Allerdings konnten wir auf dem Weg eine Häufung von Militärbewegungen beobachten. Ganz offensichtlich wurden im größeren Umfang Truppen verlegt. Die Präsenz des Militärs ist in der Provinz Sirnak extrem hoch.

Ein Wahllokal im Kreis Uludere: Hier waren bewaffnete Sicherheitskräfte im Vorraum, was der 15 Meter-Regel widerspricht. Darauf angesprochen gab es keine Reaktion.

In einem Wahllokal in der Stadt Uludere kurz vor Beginn der Auszählung: Sicherheitskräfte sind noch im Korridor und es geht um die Frage, ob sie das Wahllokal von innen oder von aussen abschliessen. Im Inneren des Wahllokals sollten sie sich bei der Auszählung nicht aufhalten. Das Problem wurde dann dadurch gelöst, dass ein zusätzlicher unabhängiger Wahlbeobachter mit hinein durfte, um sicher zu stellen, dass keine Urne entwendet wird und die Auszählung nicht manipuliert wird.

In einer anderen Schule kam es zum gleichen Problem. Es wurde auch berichtet, dass Sicherheitskräfte in einem Wahllokal eine Urne geöffnet hätten. Der Verantwortliche der Sicherheitskräfte versuchte uns das so zu erklären, dass die Wahlleiterin als schwache Frau die Urne nicht aufgebracht hätte und daher sie zur Hilfe gerufen hätte. Nach unserer Intervention sind die Sicherheitskräfte aus dem Wahllokal herausgegangen und haben die Schule von aussen geschlossen.

Sicherheitskräfte unternahmen den Versuch eine Wahlurne mit einem Panzerwagen statt - wie vorgesehen - mit einem Bus zu transportieren. Eine Rechtsanwältin griff ein um ein rechtmäßiges Vorgehen zu gewährleisten. Sie wurde daraufhin mehrfach beleidigt, konnte aber erreichen, dass die Urne wie vorgesehen transportiert wurde.

Zurück in Sirnak fiel uns sofort die sehr gedrückte Stimmung auf. Wir erfuhren dann, dass Anhänger der BDP angegriffen und mehrere Menschen verletzt worden sind. Der Parteivorsitzende wirkte mäßigend auf die aufgebrachten Menschen ein.

Später wurden die Wahlergebnisse von Sirnak bekannt. Es wurden 3 KandidatInnen des unabhängigen- von denen allerdings 2 derzeit inhaftiert sind - gewählt.. Tausende Menschen waren auf den Beinen und feierten ausgelassen mit Feuerwerk und Autokorsos, bis zu dem schrecklichen Anschlag mit einer Handgranate (s.o), die in die feiernde Menge geworfen wurde. 11 Menschen wurden zum Teil schwer verletzt.

Delegation: Harald Weinberg (MdB)/ Bediye Eskin

Wahlergebnis in Sirnak

Selma Irmak (Unabhängig/Wahlblock BDP)	26,85%	1 Sitz
Faysal Sariyildiz (Unabhängig/Wahlblock BDP)	22,96%	1 Sitz
Hasip Kaplan (Unabhängig/Wahlblock BDP)	22,88%	1 Sitz
AKP	20,64%	1 Sitz
CHP	2,54%	
MHP	1,18%	
(Unabhängige/Wahlblock BDP) gesamt:	72,89%	3 Sitze

Provinz Hakkari

Die Provinz Hakkari liegt direkt an der türkisch-irakischen und türkisch Iranischen Grenze.

Hier finden nahezu täglich Militäroperationen statt. Auch Übergriffe von Polizei und Militär gegen die Zivilbevölkerung und die Praxis der psychologischen Kriegsführung sind an der Tagesordnung. Es herrscht faktisch der Ausnahmezustand. Besonders in der Provinz Hakkari werden immer wieder Kinder und Jugendliche Ziel von Übergriffen durch Polizei und Militär. Seit Ende 2009 häufen sich besonders in dieser Provinz die Berichte über den Einsatz von Chemiewaffen, Verstümmelungen und extralegale Tötungen von festgenommen Guerillas durch das türkische Militär.

Die Größten Städte der Provinz Hakkari, Yüksekova und Semdinli werden von der BDP regiert, die hier seit Jahren bei Wahlen Mehrheiten um die 80% der Stimmen erhält.

Die Wahlen

Bei unserer Ankunft in Hakkari Stadt hielten drei gepanzerte Polizeifahrzeuge unser Fahrzeug an. Acht Zivilpolizisten stiegen aus, sie hielten Maschinengewehre in ihrer Hand und forderten von allen Insassen des Kleinbuses die Ausweise. Einer der Polizisten sprach deutsch. Einen kurdischen Freund behandelten sie grob, da er in ihrer Meinung nach respektloser Weise die Hände in den Hosentaschen hielt. Deswegen wurde er abgetastet und ans Fahrzeug gestellt.

Wir begannen wir um ca. 8 Uhr morgens mit der Wahlbeobachtung. Wir begannen im BDP-Büro, wo bereits von unzulänglichen Vorgängen bei der Wahl berichtet wurde. So erklärten einige WählerInnen, dass die Polizei in einem Wahllokal unmittelbar neben der Wahlurne gestanden - und somit den vorgeschriebenen Abstand von mindestens 15 Metern nicht eingehalten hatte.

Yüksekova:

Um 9 Uhr wurde bekannt, dass es an einem Wahllokal in Hakkari eine angespannte Situation gäbe. Wir machten uns auf den Weg zum Wahlgebäude. Dort konnten wir beobachten, wie WählerInnen von der Polizei belästigt wurden. Es herrschte eine aufgebrachte Stimmung im Wahllokal, die Schlangen vorm Gebäude waren lang und es gab ein Gedränge, die Polizei stand in einem Raum direkt neben der Wahlurne.

Insgesamt war auffällig, dass sich ca. 60 Polizeibeamte im und am Gebäude befanden, teilweise trugen sie Gasgranaten am Gürtel. Vor jedem der neun Räume, in der sich eine Wahlurne befand, waren zwei Polizisten postiert. Einige WählerInnen wurden von der Polizei gefilmt, auch wurde beobachtet, wie Polizisten versuchten älteren Frauen alte, bereits ausgefüllte Wahlzettel zu geben.

Auf dem Weg konnte beobachtet werden, dass in vielen Dörfern um Hakkari Militärfahrzeuge vor den Wahllokalen standen.

In Yüksekova selbst war die Situation entspannter als in und um Hakkari. Dennoch entsprachen die Wahlen in keiner Weise den Standards freier und demokratischer Wahlen.

- Es befanden sich viel Polizei und Militär auf den Straßen
- Einige Wahllokale wurden kurzfristig umverlegt, sodass Unklarheit herrschte, wer wo seine Stimme abgeben konnte.
- Die Wahlzettel waren ebenso wie in den gesamten anderen kurdischen Regionen tendenziös: Während die Parteien in gut leserlicher Schriftgröße und mit einem Symbol abgebildet waren, waren die unabhängigen Kandidaten am Rand des Zettels, sehr klein geschrieben (Schriftgröße 8) und ohne Symbol abgebildet.
- Es kam vor, dass die Wahlstempel zu feucht waren, so dass beim Zusammenfallen des Zettels zu einem Farbübertrag und damit zur Ungültigkeit der Stimme führte.
- Insbesondere für WählerInnen, die nicht Schreiben und Lesen können, war die Situation unhaltbar, da die Wahlhelfer häufig die Wahlzettel entgegen den Vorschriften nicht erklärten.
- Weiterhin wurden die Briefumschläge, in die die Wähler ihren Stimmzettel steckten, oft nicht zugeklebt, was eine Wahlfälschung vereinfacht.

Suüstü

Anders war die Situation im Dorf Suüstü (kurdisch: Sakita) unweit von Yüksekova. Hier herrscht noch das Aga-System. Der Aga (Großgrundbesitzer) ist in feudalkistischer manier Eigentümer der bewirtschafteten Flächen und hat damit viel Macht über die Bevölkerung, Abgesichert wird dieses System durch paramilitärische Dorfschützer. Der Aga in Suustü ist AKP-Anhänger und hat immensen Druck auf die Bevölkerung aufgebaut, die AKP zu wählen. So berichtete ein Wähler, bei Abgabe seiner Stimme sei es zu einem Streit gekommen. Der stellvertretende Bürgermeister Rüstü Zaydan habe ihn und andere Wähler aufgefordert AKP zu wählen. Ein dazu gerufener Verwaltungsangestellter stellte klar, dass es sich um eine freie Wahl handele und jeder wählen dürfe, wen er wolle. Daraufhin rief der AKP Mann mit seinem Handy bei einem anderen an und sagte wörtlich: „Bringt die Waffen mit und kommt vorbei, die machen wir fertig“.

Der Großteil der Bevölkerung traute sich, im Angesicht der Drohungen, nicht mit uns zu sprechen. Uns wurde berichtet dass Verwaltungsangestellte sich bei der nächst höheren Stelle beschwert hatten - und diese zwei Beamte in das Dorf geschickt hatten. Diese tranken daraufhin einen Tee mit dem Aga und Berichteten danach, dass alles keine Unregelmäßigkeiten gegeben hätte. Bei unserem Gespräch wurden wir von Dorfschützern mit Maschinengewehren und Militärs beobachtet. Vor dem Wahlgebäude standen Militärfahrzeuge. Auch im Gebäude befanden sich Soldaten.

Dass die Bevölkerung trotz dieser massiven Bedrohungssituation den Mut aufbrachte uns zu berichten, liegt daran, dass sie die unhaltbaren Zustände nicht länger ertragen. Der AKP-Bürgermeister regiert seit 25 Jahren, obwohl er keinen Wahlkampf betreibt. Schon dreimal zahlte die Bevölkerung für die Erneuerung der Straßen, doch bis heute wurde keine einzige Straße saniert. Unsere Gesprächspartner machten klar, dass sie mit ihrer Geduld am Ende seien und endlich in Frieden und Freiheit leben wollten. Die Bevölkerung verdeutlichte uns, dass es ihr nicht um Arbeit und Essen im Bauch geht, sondern um Grund- und Freiheitsrechte, wie Sie von der BDP und Abdullah Öcalan angestrebt werden.

Hakkari:

Noch bevor wir vom BDP-Büro in die Wahllokale fuhren, kreiste um 8 Uhr ein Hubschrauber über dem Stadtzentrum.

- Vor allen Wahllokalen, die wir besuchten, waren Polizisten in Zivil, Uniform und sogar voller Kampfausstattung postiert.
- Uns wurde berichtet, dass die Wähler vor einem Wahlgebäude ganz offen gefilmt wurden. Nachdem dagegen Protest eingelegt wurde, stellte die Polizei dies ein.
- Wahlhelfer berichteten, dass auch in Wahllokalen „verdeckt“ gefilmt wurde, wir konnten beobachten, dass die Polizei in einem Gebäude Personalienfeststellungen durchführte.
- BDP-Wahlhelfer wurden mehrfach durch die Polizei der Wahllokale verwiesen, in einigen Fällen zerriss man ihre Ausweise.
- Polizisten pöbelten Wähler an mit den Worten „was willst du hier, du bist verdächtig, verschwinde!“ und zerrissen deren Wahlzettel.
- Den Wahlhelfern wurde mehrfach von der Polizei untersagt, Wählern das Prozedere zu erläutern, Behinderten beim Abstempeln zu helfen, Sehbehinderten die Wahlzettel vorzulesen, was in den Wahlbestimmungen explizit vorgesehen ist.
- In keinem der Lokale wurde der gesetzlich vorgeschriebene Mindestabstand von 15 Metern zwischen Wahlurne und Polizei eingehalten, wir selbst haben Abstände von 4 bis 8 Metern gemessen. Es wurde mehrfach dagegen von Wählern und Wahlhelfern protestiert und nachdem sich die Anwesenheit der Wahlbeobachter bei der Polizei herumgesprochen hatte, zogen diese sich auch etwas zurück. Anzumerken wäre hier, dass die Wahlhelfer und Beobachter der BDP den friedlichen Ablauf der Wahl nicht durch ein Insistieren auf die 15 Meter gefährden wollten.
- Auf unsere Frage nach dem Ablauf der Wahlen bekamen wir zunächst überall zur Antwort: alles in Ordnung, keine Probleme. Das dürfte auch der Anwesenheit von Polizei in Sicht- und Hörweite geschuldet sein, blieben wir ein wenig länger, trauten sich Wahlhelfer und Wahlleiter dann aber oft doch, von Unregelmäßigkeiten zu berichten.

- In einigen der Wahllokale wurden wir offen feindselig empfangen, in anderen hingegen sehr freundlich und mit der Bemerkung, dass unsere Anwesenheit wichtig sei.

Behinderungen fanden aber auch durch die Wahlhelfer selbst statt:

- Die Wahlunterlagen wurden so überreicht, dass das AKP-Logo oben war und so deren Wahl nahegelegt wurde.
- In einem Wahllokal wurden unter dem Tisch des Wahlleiters bereits für die AKP abgestempelte Wahlzettel gefunden. Dies wurde gefilmt - BürgerInnen verständigten Selahattin Demirtas, den Kandidaten des BDP-nahen Blocks für Arbeit, Demokratie und Freiheit, der den Staatsanwalt einschaltete.
- Ein besonders eklatanter Verstoß gegen das Recht auf freie Wahlen wurde uns am Abend durch 4 WahlbeobachterInnen der BDP berichtet: Nach Schließung der Wahllokale gegen 17 Uhr wollten sie das Ergebnis der Urnenausählung der vor Ort ausgezählten und vom Wahlleiter beurkundeten Stimmen ansehen. Auf dem Weg dorthin wurden sie gezielt von der Polizei, die zuvor ihr KFZ-Kennzeichen notiert hatte, unter dem Vorwand des Drogenschmuggels angehalten. Über eineinhalb Stunden durchsuchte man das Auto und die vier WahlhelferInnen, eine der Frauen wurde von einem Polizeispürhund angefallen. Diese Frau arbeitet bei der Stadtverwaltung und empfand den Versuch, sie als Kriminelle hinzustellen, als bewusst eingesetzte Erniedrigung.
- Die Einschüchterungsversuche der Polizei waren offensichtlich, sie scheiterten aber an der Entschlossenheit der Menschen, ihre parlamentarischen VertreterInnen zu wählen. Eine Wahlbeteiligung von 85 % bringt das klar zum Ausdruck. Wir sahen viele sehr alte Menschen, die sich sogar ins Wahllokal tragen ließen, um an der Wahl teilzunehmen, in einem Fall eine 98 jährige Frau!

Delegation: Ingrid Remmers (MdB Die Linke), Benjamin Hiller (Journalist), Müzlüm Örtülü und Bianca Winter

Wahlergebnis für die Provinz Hakkari

Selahattin Demirtas (Unabhängig/Wahlblock BDP)	26,94%	1 Sitz
Adil Kurt (Unabhängig/Wahlblock BDP)	26,80%	1 Sitz
Esat Canan (Unabhängig/Wahlblock BDP)	26,14%	1 Sitz
AKP	16,42%	1 Sitz
MHP	1,03%	
CHP	0,90%	
Unabhängige/Wahlblock BDP	insgesamt	79,88% 3 Sitze

Ardahan

Ardahan ist eine an der Grenze zu Georgien und Armenien. Hauptstadt der Provinz ist die Stadt Ardahan. Im Süden grenzt die Provinz an Kars, im Südwesten an Erzurum, im Westen an Artvin und im Norden und Osten an Georgien und Armenien. Hier leben 112.721 EinwohnerInnen.

Die ältesten Inschriften aus Ardahan finden sich bei Çıldır (Hanak-Inschrift) und stammen von den Urartäern. Seit 1551 herrschten hier die Osmanen und mit ihrem Niedergang im Ersten Weltkrieg wurde die Region kurzzeitig an die Demokratische Republik Georgien abgegeben. Die Sowjetunion gab die Region mit dem Friedensvertrag von Brest-Litowsk an die Türkei zurück. Ardahan wurde mit Kars zu einer Provinz zusammengefasst und erst 1992 als eigenständige Provinz deklariert.

Die Wahlen

Wir beobachteten die Wahlen in der Region Ardahan Göle. Göle besteht aus 52 Dörfern. Davon 11 mit überwiegend türkischer, 2 mit überwiegend zaza-alevitischer, 2 mit überwiegend turkmenisch-alevitischer, und 38 mit überwiegend kurdischer Bevölkerung. Die Menschen in den Dörfern sind überwiegend finanzschwach.

Kurzzusammenfassung und allgemeine Beobachtungen

- Der Abstand von 15m wurde nicht eingehalten. Jandarma (und einmal auch Dorfschützer) befanden sich oft direkt am Eingang zum Wahlgebäude, im Flur vor dem Wahlraum oder sogar im Wahlraum selbst.
- Vertreter der Wahlkommissionen haben Anweisungen an WählerInnen erteilt (vor allem Frauen) wo sie Stempeln sollen.
- Vorsitzende der Wahllokale oder andere Personen haben versucht mit AnalphabetInnen (vor allem Frauen) zusammen in die Wahlkabine zu gehen. Wenn dagegen protestiert wurde, kam es zu Beschimpfungen und Rangeleien. Ein alter Mann der sich beschwerte wurde gewaltsam aus dem Wahlraum geworfen.

- Es wurde verweigert Analphabeten, den Wahlzettel zu erklären.
- Keine Wahlurne wurde gesehen, die ein Siegel, mit einer offiziellen Prägung hatte.

Immer wieder wurde uns berichtet, dass die AKP in den Tagen vor den Wahlen Dörfer besucht hat und an die Leute Gutscheine und Essen verteilt hat, Kindergeld versprochen oder auch direkt ausgezahlt hat und dass es Zahlungen an Firmen gab. Das erfolgte oft mit Fahrzeugen von der staatlichen Post PTT.

Beobachtungen in den einzelnen Dörfern

Dorf: Kayaaltı

Direkt vor dem Lokal ca. 5 Dorfschützer. Einer davon mit sichtbarer Waffe. Einer im Flur vor dem Wahlraum.

Urne: 1060

Vorsitzende des Wahllokals hat einer Wählerin gesagt, dass sie bei AKP stempeln soll, hat mit dem Daumen auf das AKP-Emblem auf dem Wahlzettel gezeigt. Ein Dorfschützer kam zum wählen mit Gewehr ins Lokal. Er wurde vom von einem Vertreter der Wahlkommission darauf hingewiesen, dass er die Waffe draußen lassen soll.

In der Wahlkabine sollte eigentlich eine Liste mit allen KandidatInnen hängen und die Erläuterung des Wahlvorgangs hängen. Diese waren jedoch nicht vorhanden.

Im Wahlraum nebenan (Urne 1061) hängen sie, die Namensliste ist aber extrem klein gedruckt (ca. 6pt.)

Urne: 1060

Ein Wähler ist Analphabet und, sagt er versteht den Wahlzettel nicht. Die Vertreter der Wahlkommission haben zu seinem Bekannten gesagt, das sei egal und sie werden es ihm nicht erklären.

2. Dorf: Yiğit Konağı

Urnen: 1090 & 1091

Kommandant der Jandarma betritt den Wahlraum ohne sichtbare Waffe, unterhält sich eine Weile mit der Wahlkommission, geht wieder raus, kommt wieder. Er sagt, es sei uns nicht erlaubt im Wahllokal zu sitzen. Wir werden von der Vorsitzenden der Wahlkommission aufgefordert zu gehen.

3. Dorf: Zaman Döken (Sinat)

Es wird berichtet, dass dort an Wählerinnen Anweisungen erteilt wurden, was sie wählen sollen. Die Vertreter für die unabhängigen Kandidaten haben daraufhin interveniert und wurden dann durch die Jandarma rausgeschmissen, weil sie keinen Status hätten. Es wurden ihnen die Ausweise abgenommen und das Wahllokal wurde von der Jandarma besetzt. Daraufhin sind wir dort hin gefahren. 3 Dorfschützer und 2 Jandarma mit sichtbarer Waffe direkt vor dem Gebäude.

Wir gehen durch mehrere Wahlräume. Es befindet sich dort keine Jandarma mehr. Es befinden sich sehr viele Leute in den Wahlräumen, es ist laut, Leute sind aufgebracht, die Situation ist chaotisch.

Ein junger Mann greift eine Wählerin unter den Arm und will mit ihr in die Kabine. Als wir intervenieren beleidigt der Vorsitzende des Wahllokals, den Vertreter der unabhängigen Kandidaten und beschimpft ihn. Es kommt zu einer Rangelei.

Urne: 1072

Wählerin sollte mit dem Vorsitzenden des Wahllokals in die Kabine geschickt werden. Damit er für sie stempelt, weil sie nicht lesen kann. Der Vertreter der unabhängigen Kandidaten hat sich darüber beschwert. Es kommt zu heftigen verbalen Auseinandersetzungen und Handgreiflichkeiten. Schlussendlich geht ihr Mann mit rein. Ein älterer Kurde mit Gehstock, der sich auch darüber beschwert wird beschimpft und nach einer Weile gewaltsam aus dem Lokal geworfen (von mehreren unter die Arme gegriffen und herausgezerrt).

4. Dorf: Köprülü

Urnen: 1021 – 1023

7 Jandarma vor dem Gebäude, Raum vorschriftsmäßig eingerichtet, sehr übersichtlich. Wartebereich im Flur.

5. Dorf: Zerín

Siegel hat keinen offiziellen Stempel, ansonsten vorschriftsmäßig eingerichtet, keine Jandarma vor dem Lokal.

6. Dorf: Sürügünden

Siegel hat keinen offiziellen Stempel, ansonsten vorschriftsmäßig eingerichtet, keine Jandarma vor dem Lokal.

7. Dorf: Karliyazi

Siegel hat keinen offiziellen Stempel, ansonsten vorschriftsmäßig eingerichtet, keine Jandarma vor dem Lokal.

8. Dorf: Tellioğlu

Siegel hat keinen offiziellen Stempel, ansonsten vorschriftsmäßig eingerichtet, keine Jandarma vor dem Lokal.

9. Dorf: Yanatli

Siegel hat keinen offiziellen Stempel, ansonsten vorschriftsmäßig eingerichtet, keine Jandarma vor dem Lokal.

10. Dorf: Arpaşen

Jandarma ist im mit Gewehren Wahlraum, als wir kommen und verlassen sie ihn. Es wird berichtet, dass die Jandarma schon den ganzen Tag im Raum war. Sie haben Druck ausgeübt und mit ihren Waffen eingeschüchtert. Eine Wahlbeisitzerin beschwert sich darüber, dass der Wahlbeobachter eine behinderte Frau gestoßen hat.

11. Dorf: Çoban Köy

Siegel hat keinen offiziellen Stempel, ansonsten vorschriftsmäßig eingerichtet, keine Jandarma vor dem Lokal.

12. Dorf: Mollahasan

Siegel hat keinen offiziellen Stempel, ansonsten vorschriftsmäßig eingerichtet, keine Jandarma vor dem Lokal.

13. Dorf: Yağmuroğlu

Urne: 1084

15:45 Uhr Urne ist bereits geöffnet.

Delegation: Heidrun Dietrich (MdB Die Linke), Ephrahim Nathan Minzloff, Frank Schütz, Sozialarbeiter, Nihal Bayram, Dipl. Soziologin

Wahlergebnis in der Provinz Ardahan

AKP	40,2%	1 Sitz
CHP	29,8%	1 Sitz
Yüksel Avsar (Unabhängig/Wahlblock BDP)	12,32%	
MHP	9,9%	

Provinz Bitlis

Die Stadt Bitlis hat offiziell 44.923 EinwohnerInnen. Sie ist die Hauptstadt der gleichnamigen Provinz Bitlis. Die Provinz grenzt im Norden an die Provinz Ağrı, im Westen an Muş, im Süden an Siirt und im Osten an den Vansee und die Provinz Van. Bitlis besteht zu 70% aus Bergen, die in der Regel höher als 2000 m sind. Die höchsten Berge sind der Süphan Dağı (4058 m) an der Grenze zu Ağrı, der Vulkan Nemrut (3050 m) und der Ziyaret Dağı (2540 m).

Neben dem Vansee gibt es noch einen Kratersee auf dem Gipfel des Vulkans Nemrut.

Die Besiedlung von Bitlis geht bis ins neolithische Zeitalter zurück. Bitlis gehörte erst zum Reich Urartu, danach war es von Medern und den Persern umkämpft. Alexander der Große ließ in der Stadt Bitlis eine Burg bauen und taufte die Burg und die Stadt auf den Namen Bitlis. Da Bitlis an der Grenze zwischen dem Osmanischen und dem Persischen Reich lag, gewährte der damalige Sultan, zur Absicherung der eigenen Macht, den kurdischen Herrschern der Gegend, weitgehende Autonomie.

In der Provinz Bitlis waren in den 1990 Jahren die Praktiken des Schmutzigen Krieges, Folter, extralegale Hinrichtungen und Übergriffe durch Polizei, Militär und Paramilitär besonders stark ausgeprägt. Auch Heute ist eine hohe Anzahl von Militär hier stationiert. In den

ländlichen Regionen der Provinz führen Militär und Geheimdienste zum Teil noch immer ein grausames Regime.

Die Wahlen

Am Vorabend der Wahl wurden aus einem Transporter der Post Tee, Mehl, Zucker, sowie Kühlschränke als "Wahlgeschenke von der AKP" an die potentiellen Wähler verteilt.

Am Wahltag hielten wir uns in den Regionen Tatvan, Ahlat und Adilcevaz.

Im Zentrum von Tatvan kam es zu keinen besonderen Vorfällen. Aber auch dort hielten sich überall uniformierte Polizeibeamte in den Wahllokalen auf. An einer Stelle hatte ein Polizist versucht seine Stimme zweimal abzugeben. Für Polizeibeamte gibt es besondere Wahlurnen. Der Beamte hatte dort gewählt und dann versucht noch einmal als Zivilperson zu wählen.

In Ahlat wurden wir zu einem Wahllokal in das Dorf Yogurtyemez gerufen, vor dessen Eingangstür ein bewaffneter Dorfschützer stand. Vor dem Eingang zum Schulhof befand sich ein gepanzertes Fahrzeug und vier mit MGs bewaffnete Jandarma.

In Adilcevaz wurde uns berichtet, dass Stimmzettel unkorrekt an die Wähler übergeben wurden: mit der beschrifteten Seite nach außen und mit einem Finger auf die AKP zeigend.

In Aydinlar (Adilcevaz) wurden wir zu einem Wahllokal gerufen in dem sich seit dem Morgen der amtierende AKP Bürgermeister aufhielt und mit seiner Anwesenheit versuchte Druck auf die Entscheidung der Wähler auszuüben.

Darüber hinaus konnten wir dort beobachten, wie ein Mann mit mehreren Stimmzetteln in die Wahlkabine ging und mit zwei Umschlägen wieder herauskam. Auf Nachfrage sagte er, er habe für seine Frau mitgewählt, die im Krankenhaus läge, was vom Wahlvorstand bestätigt und als korrekt angesehen wurde.

Wahlergebnis in der Provinz Bitlis

AKP	50,62%	2 Sitze
Hüsamettin Zenderliouglu (Unabhängig/Wahlblock BDP)	26,04%	1 Sitz
Edip Safder Gaydali	14,29%	
MHP	3,17%	
CHP	1,72%	

Delegation: Beate Rudolph, Zozan Yüksel, Linda Hildebrand

Provinz Ufra

Die Provinz Şanlıurfa hat 1.523.099 EinwohnerInnen. Die Hauptstadt der Provinz ist Şanlıurfa (Urfa).

In der Provinz lebten einst sehr viele Jesiden, vor allem in den Gebieten um Viranşehir, Suruç und Birecik. 1983 wurde der Provinz und der Hauptstadt, die bis dahin lediglich Urfa hießen, der Titel *şanlı* (zu deutsch *ruhmreich*) verliehen. Dieser Name soll an den Widerstand gegen die französische Besatzung im türkischen Befreiungskrieg erinnern.

Siverek

Siverek ist eine Stadt und ein Landkreis in der Provinz Şanlıurfa. Die Bevölkerungszahl der Stadt beträgt offiziell 105.475 EinwohnerInnen, die des Landkreises 204.638.

Siverek gehört zwar zur Provinz Şanlıurfa ist aber geschichtlich und geografisch enger mit Diyarbakır, das ungefähr 83 km entfernt liegt, verbunden. Zur Zeit des Osmanischen Reiches gehörte Siverek als ein Kaza (Unterbezirk) zum Vilayet Diyarbakır.

Die Menschen leben hier hauptsächlich von der Landwirtschaft und als Saisonarbeiter in den Dörfern der benachbarten Provinz Diyarbakır.

Wie in anderen Orten in Şanlıurfa stehen das Gewerbe und die Politik in Siverek unter sehr starkem Einfluss und sogar ganz unter der Kontrolle eines mächtigen Asirets. (Dorfschützers) Siverek ist die Heimat von Sedat Bucak, der ein ehemaliger Abgeordneter der DYP war und den berüchtigten Autounfall in Susurluk überlebte (hier wurde die Allianz zwischen der DYP Tansu Cillers, Mafiaauftragskillern und der Konterguerilla das erste mal lückenlos bewiesen). Er ist der Führer des Bucak-Clans, der seit Gründung der Türkei im Parlament für die Region Siverek, durch unterschiedliche Clanführer vertreten ist. Sedat Bucak ist immer noch ein Freund des ehemaligen Vorsitzenden der DYP, Mehmet Ağar.

Die Wahlen

Siverek Stadt

- Mimar Sinan İlköğretim Okulu

Polizeipräsenz in unmittelbarer Nähe der Urnen

- Cebeci İlköğretim Okulu

Erhöhte Präsenz von Polizeikräften sowie Personendurchsuchung Beobachtung des Schulgelaendes durch auffällige Personen

- Anadolu Öğretmen Lisesi

Koordination der Wahlberechtigten durch einen Zivilpolizisten Begleitung von Wahlberechtigten durch den Wahlleiter in die Wahlkabine

Siverek Dörfer

- Yücelen

Die Wahlurne wies deutlich mehr Wahlzettel auf als die geleisteten Unterschriften auf der WählerInnenliste. Sämtliche auf der WählerInnenliste geleisteten Unterschriften wiesen jeweils die selben Muster auf.

- Sekerli Koeyue

Sämtliche auf der WählerInnenliste geleisteten Unterschriften wiesen jeweils die selben Muster auf. Die Urnenleiterin vermeldete Unregelmässigkeiten bei der Wahl. Die Präsenz von Jandarmakräften wurde von WählerInnen beklagt.

- Bueyuek Kazanlı Koeyue

Sämtliche auf der WählerInnenliste geleisteten Unterschriften wiesen jeweils die selben Muster auf. Hohe Präsenz der Jandarma im Wahllokal

- Sarioeren Koeyue

Anwesenheit der Jandarma in der unmittelbaren Nähe der Wahlurnen
Sämtliche auf der WählerInnenliste geleisteten Unterschriften wiesen jeweils die selben Muster auf

- Tasli Koey

Sämtliche auf der WählerInnenliste geleisteten Unterschriften wiesen jeweils die selben Muster auf

- Ortatasli Koeyue

Sämtliche auf der WählerInnenliste geleisteten Unterschriften wiesen jeweils die selben Muster auf

- Karakeci Koeyue

Wahlurne wies deutlich mehr Wahlzettel auf als die geleisteten Unterschriften auf der WählerInnenliste. Anwesenheit von Jandarma in der unmittelbaren Nähe der Wahlurnen

Beim Durchgang durch die einzelnen Wahllokale fiel jeweils die hohe Präsenz der Sicherheitskräfte auf. In der Stadt Siverek waren Mitglieder der 'Cevik Kuvvet' (Sondereinheiten der Polizei), in den Dörfern die Gendarmerie präsent.

Diese Sicherheitskräfte hielten sich in der Regel unmittelbar an den Wahlurnen auf – manchmal auch am Eingang der Wahllokale.

Die von uns besichtigten Wählerlisten wiesen Unterschriften auf, welche offensichtlich jeweils aus wenigen Händen stammen mussten. Die Schriftbilder ähnelten sich unübersehbar.

Unsere Beobachtungen führen zu der Annahme, dass die Abgabe der Stimmen in der

Mehrheit der Fälle, permanent unter hoher Präsenz der Sicherheitskräfte erfolgte. Die Anwesenheit der Sicherheitskräfte - teilweise direkt an den Wahlkabinen - führte nicht zuletzt dazu, dass die Wahlberechtigten sich unsicher und geradezu bedroht fühlten. Dieser Eindruck wurde durch Nachfragen bei den Wahlberechtigten bestätigt.

Weiterhin konnte insbesondere durch die ausdrückliche Aussage einer Wahlleiterin im Dorf Sekerli festgestellt werden, dass versucht worden ist auf die dortige Wahlleitung Druck auszuüben, Unregelmässigkeiten zu dulden. Eine solche Unregelmässigkeit war zum Beispiel die Nutzung der Wahlkabinen durch mehrere Personen gleichzeitig. Eine durch unsere Delegation an die städtische Wahlleitung vermittelte Nachricht führte dazu, dass die Wahl ab 13 Uhr gestoppt worden ist.

Ein besonderes Phänomen war die, durch andere Personen als die Wahlberechtigten selbst geleisteten Unterschriften. Offenbar hatten jeweils einige wenige Personen für mehrere Personen Stimmen abgegeben. Dieses Phänomen konnte mit einigen wenigen Ausnahmen durchgehend beobachtet werden. Die auf dieses Phänomen hin befragten Wahlleiter konnten nur mit einiger Verlegenheit erklären, dass Sie zu einer gewissen 'Flexibilität' genötigt seien. Es wäre schliesslich früher noch schlimmer gewesen.

Zusammenfassend lässt sich festhalten dass die erwähnten Unregelmässigkeiten eine demokratische, freie geheime und gleiche Wahl unwahrscheinlich erscheinen lassen.

Delegation: Nurhan Agit, Fidel Bicer, Mahmut Ertas

2. Delegation: **Wahlbeobachtung in Dörfern in der Provinz Urfa:**

- Harapinar

Eine Wahlhelferin geht oft mit in Wahlkabine, redet dort mit Wähler/innen (angeblich Analphabeten), kommt gemeinsam mit Wähler/in wieder heraus Männer gehen mit ihren Frauen in die Wahlkabine.

Ein dominanter Bürgermeister/Dorfschützer im Wahllokal

- Göktepe

Der Bürgermeister, ein Dorfschützer befindet sich im Wahllokal. Vor Wahllokal sitzt ein Polizist und spricht die WählerInnen an. Frage. Auf die Frage warum er nicht 15m von den Urnen entfernt sei antwortet er, dass es dort keinen Schatten gebe – was eine Lüge ist.

- Biricik

In dem Wahllokal, einer Schule ist der Bürgermeister permanent anwesend. Der Urnenleiter geht oft mit in Wahlkabine

Wir besuchten im Laufe des Tages die Wahllokale in 5 Orten, beobachteten wie die Wahl vor sich ging und führten Gespräche mit den Verantwortlichen sowie den dort versammelten EinwohnerInnen. Darunter war die Stadt Hilvan sowie 4 kleinere Dörfer, die nur über ein Wahllokal verfügten. Übereinstimmend haben wir in diesen 5 Orten folgendes beobachten können:

- Wahllokale waren jeweils Schulen (auf den Dörfern oft nur ein Raum mit Kabine)
- die Wahlleiter, ggf. auch die Wahlhelfer waren durchgehend türkische LehrerInnen, die in diesen Schulen arbeiteten
- Die Wahlleiter und Wahlhelfer gingen in allen von uns besuchten Wahllokalen immer wieder mit in die Wahlkabinen und „halfen“ bei der Stimmabgabe.
- Männer gingen mit ihren Frauen zusammen in die Wahlkabinen und kamen gemeinsam mit den Umschlägen wieder heraus
- Immer waren bewaffnete Gendarmen oder Polizisten in der Nähe, entweder draußen vor den kleinen Schulen oder in der größeren Schule auch im Eingangsbereich der Schule. Der Abstand von 15 Metern wurde oft nicht eingehalten.

Auffallend war weiterhin folgendes:

Die Wahlzettel waren lang und enthielten auf der linken Seite die Parteien, die mit ihren farbigen Parteienblemen gut erkennbar waren. Auf der rechten Seite waren die Namen der unabhängigen Kandidaten aufgeführt, in deutlich kleinerer, fast unlesbarer Schrift

Obwohl die Wahllokale erst um 16 schließen sollten, war die Wahl in einem Dorf um kurz nach 14 Uhr bereits abgeschlossen und ausgewertet, - wir fanden die Wahlscheine schon gebündelt und die Ergebnisse für die einzelnen Parteien in Umschlägen verschlossen vor. Nur in einem von den 5 Orten war eine Frau (türkische Lehrerin) Wahlhelferin.

Wahlergebnis in der Provinz Urfa:

AKP	64,80%	10 Sitze
Ibrahim Ayhan (Unabhängig/Wahlblock BDP)	11,06%	1 Sitz
Ibrahim Binici (Unabhängig/Wahlblock BDP)	6,07%	1 Sitz
Ahmet Ercin Bucak(Unabhängig/Wahlblock BDP)	4,44%	
CHP	3,02%	
MHP	3,00%	
Zülfükar Isol	2,10%	
Unabhängige/Wahlblock BDP	23,67%	

Delegation: Barbara Cardenas (MdL Hessen, Die Linke), Emine Pektas

Provinz Iğdır

Iğdır ist eine Provinz im Osten der Türkei und grenzt an Armenien, die aserbajdschanische Exklave Naxçıvan und den Iran. Iğdırs Nachbarprovinzen sind Kars im Nordwesten und Ağrı

im Süden. Die Hauptstadt der Provinz ist Iğdır. Der Name Iğdır kommt von dem oghusischen Stamm der Iğdıroğlu und bedeutet gut, groß, erhaben, tapfer und Meister.

Wegen der ausgeprägten Vegetation wird Iğdır auch Yeşil Iğdır (*Grünes Iğdır*) genannt. Der Berg Ararat liegt größtenteils innerhalb Iğdırs.

Iğdır wurde am 27. Mai 1992 als 76. Provinz der Türkei „gegründet.“ Vorher gehörte sie zur Provinz Kars.

Die offizielle Bevölkerungszahl von Iğdır beträgt 181.866 EinwohnerInnen. Trotz zunehmender Urbanisierung ist die Provinz weiter stark landwirtschaftlich geprägt, wobei besonders die Schafzucht von Bedeutung ist.

Die Wahlen

Im zum Kreis Aralik gehörenden Dorf Gödek war der Kreisvorsitzende der BDP körperlichen Angriffen durch AKP AnhängerInnen ausgesetzt. Es wurde festgestellt, dass die Wahlbeteiligung aufgrund der Migration, die durch die saisonale Weidewirtschaft bedingt ist, gering ausgefallen ist.

In den besuchten Wahllokalen waren Söldaten, Jandarma und Polizisten, zum Teil auch direkt vor den Urnen anwesend. In einem der besuchten Wahllokale gingen die Urnenleiter, besonders mit kranken und alten WählerInnen in die Wahlkabinen und nötigten diese die AKP zu wählen.

Vor den Wahllokalen waren meist Schussbereite Militärfahrzeuge und/oder große Gruppen von Sicherheitskräften postiert. Ein freier Zugang zu den Wahllokalen war nicht gewährleistet. Oft wurden die WählerInnen auf dem Weg zur Wahl kontrolliert und/oder bedroht.

Auch die Beobachterdelegation wurde von Sicherheitskräften schickaniert.

Die Unabhängigen Kandidaten waren auf dem Wahlzettel kleiner (8 Punkt Schrift) und im Gegensatz zu den Parteien ohne Symbol abgedruckt.

Der Repressionsdruck durch Militär, Jandarma und Polizei war in sämtlichen besuchten Wahllokalen sehr hoch. Die Menschen hatten sichtbar Angst die Unabhängigen KandidatInnen zu wählen. Dies wurde seitens der Bevölkerung auch der Delegation gegenüber, zum Teil unter Tränen, geäußert.

Von einer demokratischen, freien und geheimen Wahl kann auf keinen Fall die Rede sein.

Delegation: Marie-Yvonne Mateous, Regis Mateous und Gülferiz Contay

Wahlergebnis in der Provinz Iğdır

MHP	34,09%	1 Sitz
Pervin Buldan (Unabhängig/Wahlblock BDP)	31,53%	1Sitz
AKP	28,23%	
CHP	1,66%	

Exkurs: Tunceli/Dersim

Tunceli (kurdisch/Zazaki Dêrsim) ist bezogen auf die Bevölkerung die zweitkleinste Provinz der Türkei mit der gleichnamigen Hauptstadt. Sie ist insbesondere durch den Dersim-Aufstand und die Massaker der Türkischen Armee 1938 bekannt. Seit 2009 wird eine Rückbenennung zum alten Namen „Dersim“ diskutiert.

Der hier gelegene Fluss Munzur hat eine Gesamtlänge von etwa 144 km und mündet in den Keban-Stausee. Das Flusswasser war vor dem Staudammbau so sauber, dass es von den Einheimischen auch als Trinkwasser genutzt wurde. Die Hauptstadt hatte im Jahr 2004 ungefähr 33.000 Einwohner, derzeit leben rund 84.000 Menschen in der Provinz Tunceli/Dersim.

In der Provinz Tunceli/Dersim finden in den letzten 2 Jahren nahezu durchgehend Militäroperationen statt. Hier herrscht faktisch der Ausnahmezustand. Momentan wird rund um die Stadt an mehr als 10 Staudämmen an drei Flussläufen gebaut, obwohl das Munzurtal ein Naturschutzgebiet ist. Letztendlich wird angestrebt durch die, bei Fertigstellung entstehenden Stauseen einen Großteil der Gegend durch Überflutung zu entvölkern und Tunceli/Dersim von den Orten in der Umgebung abzuschneiden. Die Provinz war schon immer eine Hochburg linker kurdischer und türkischer Organisationen und Befreiungsbewegungen und ist für die türkischen Regierungen ein wichtiges Symbol der Fähigkeit Aufstände zu unterdrücken.

Auf jedem der Gipfel der um Tunceli/Dersim liegenden Berge sind riesige Wachtürme des Militärs zu sehen, von denen aus das gesamte Gebiet militärisch überwacht wird. Auch im Zentrum der Bergmetropole befinden sich Jandarma- und Militärkasernen sowie mehrere Polizeistationen. Die Repression ist hier allgegenwärtig. Die Innenstadt wird flächendeckend mit Videokameras überwacht, Polizisten in zivil agieren gegenüber der Bevölkerung und internationalen Delegationen aufdringlich, auf einen Einwohnern kommen ca. 2 „Sicherheitskräfte.“ Misshandlungen und Folter sind bei Festnahmen an der Tagesordnung. Der Bevölkerung wurden in großen Teilen die Weiderechte entzogen.

Wie in anderen Städten werden diejenigen, die die basisorientierte Kommunalpolitik der BDP umsetzen gezielt und jenseits rechtstaatlicher Vorgehensweisen kriminalisiert.

Die Wahlen

In der Provinz Tunceli/Dersim kam es zu den gleichen Unregelmäßigkeiten, wie in den weiteren Provinzen in diesem Bericht. Auch hier waren die rechtswidrige Präsenz von Militär

und Polizei in den Wahllokalen, sowie die erwähnten Droh- und gewaltszenarien zu beobachten.

Zudem sind in der Provinz Dersim von 50.000 Wahlberechtigten 30.000 Polizisten, Militärs sowie Staatsangestellte. Bisher war es gängige Praxis, dass diese Personen auf Befehl die AKP wählten. Da aber bei einem Wahlsieg der AKP, die zweitstärkste Partei, in diesem Falle die BDP, auch einen Direktkandidaten in das Parlament hätte entsenden können, wurde mehreren unabhängig voneinander gegeben Berichten zufolge, bei der Parlamentswahl 2011 eine andere Leitlinie ausgegeben: die oben genannte Personengruppe sollte nahezu geschlossen die CHP wählen – was sie auch tat. Demzufolge wurde die CHP mit Abstand stärkste Kraft und die BDP konnte keinen Direktkandidaten gewinnen. Eine derartige Vorgehensweise/Wahlabsprache bzw. Nötigung kann nicht als demokratisch eingestuft werden und lässt sich nur durch die immense symbolische und strategische Bedeutung von Tunceli/Dersim erklären.

Wahlergebnis in Tunceli/Dersim

CHP	56,21% 2 Sitze
Ferhat Tunc (Unabhängig/Wahlblock BDP)	22,92%
AKP	16,23%
MHP	2,16%

Fazit

Die von den Delegationen zusammengefassten und in den Einzelberichten geschilderten Beobachtungen wurden ähnlich auch von weiteren Internationalen WahlbeobachterInnen, AnwältInnen und MenschenrechtlerInnen, sowie ParlamentarierInnen und Kommunalverwaltungen gemacht.

Wir wiederholen: Die Parlamentswahl 2011 kann keinesfalls als rechtmäßige, allgemeine, freie, geheime und demokratische Wahl mit einer offenen Auszählung betrachtet werden. Gravierende Verstöße gegen Türkische Gesetze und Verordnungen sowie internationale Standards waren kein Einzelfall, sondern eine systematische und flächendeckende Praxis der versuchten Einschüchterung und Wahlfälschung. In Bezug auf das Wahlrecht wurde besonders das neue Wahlgesetz 298, § 25.72 und § 135, in sämtlichen kurdischen Provinzen, dazu genutzt, zu versuchen WählerInnen vom Wählen überhaupt- oder von einer freien Wahl abzuhalten oder sie einzuschüchtern und zu bedrohen oder mit Gewalt von der Wahl abzuhalten.

Die AKP Regierung und Sicherheitskräfte haben in den kurdischen Provinzen durch Einschüchterung, Bedrohung, Rechtsverletzungen, beliebige, politisch motivierte Verhaftungen und nicht unerheblichen Wahlbetrug, sowie Gewalt versucht die real bestehenden politischen Kräfteverhältnisse zugunsten der AKP zu beeinflussen oder die Wahl der KandidatInnen des Wahlblocks um die BDP zu sanktionieren.

Angestrebt wurde seitens der AKP eine 2/3 Mehrheit, um u.a. eine absolute Hoheit über den bevorstehenden Verfassungsgebungsprozess zu erlangen. Dieses Ziel wurde verfehlt. Die AKP ist mit 49,85% der Stimmen klar die stärkste Kraft.

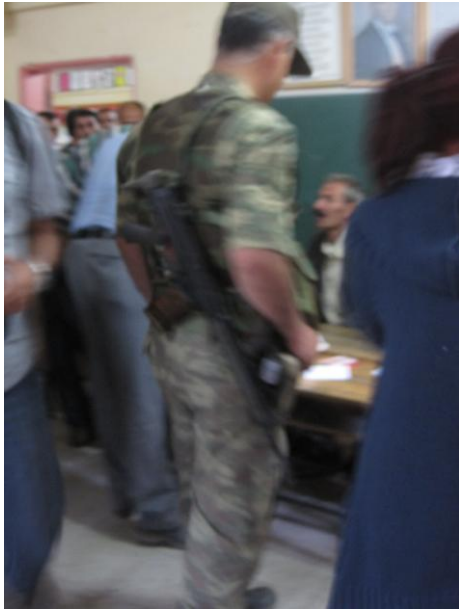
Der Wahlblock um die kurdische BDP errang 36 Sitze im Parlament. Das ist ein großer Erfolg und zeigt, dass eine basisdemokratische Vorgehensweise, mit der Orientierung an den konkreten Realitäten und Bedürfnissen der Bevölkerung langfristig erfolgreich ist - und darüber hinaus zumindest seitens der kurdischen Bevölkerung und der türkischen Linken eine friedliche Entwicklung in Bezug auf die kurdische Frage gewünscht ist. Auch die Einbindung weiterer linker und humanistischer Kräfte, sowie von Minderheiten (z.B. der Assyrischen Christen in Mardin) ist perspektivisch für die Entwicklung einer türkeiweiten demokratischen und emanzipatorischen Kraft ein positives Signal.

Die Regierungspolitik, die vor den Wahlen offensichtlich auf eine erneute Eskalation und die Provokation eines Bürgerkriegs und somit auf eine - jedoch nicht mögliche - militärische Lösung der kurdischen Frage setzte, wird das Land, wenn sie fortgeführt wird, destabilisieren. Das ist kongruent mit den geostrategischen Interessen der Regierungen der führenden europäischen Staaten und der USA im Mittleren Osten. Die AKP soll in diesem Zusammenhang als „Rolemodell“ für einen „gemäßigten“ Islam dienen, durch den im Rahmen einer Bündnispolitik Märkte und Strukturen wirtschaftlichen und kolonialistischen Interessen untergeordnet werden sollen.

In der Anerkennung der BDP (des Wahlblocks), sowie den von der kurdischen Bevölkerung als ihre politische Vertretung gesehenen Abdullah Öcalan und der PKK, als Gesprächspartner in einem möglichen Friedensdialog, läge demgegenüber die Chance, Wege zu einer notwendigen Demokratisierung und Stabilisierung des Landes zu öffnen.

Anhang 1:

Fotos:



Wahllokal in Van-Ercis während der Wahl



Wahllokal in Van-Ercis während der Wahl



Vor dem Wahllokal in Van während der Wahl



Wahllokal in Van-Ercis bei der Auszählung



Wahllokal in Van während der Wahl



Wahllokal in Van-Ercis während der Wahl



Wahllokal während der Wahl

Anhang 2: Pressemitteilung vor der Wahl

Pressemitteilung von MdEP Jürgen Klute, MdB Ingrid Remmers, MdL NRW Bärbel Beuermann, RAin Britta Eder, Soziologe Martin Dolzer, Ehem- Bürgermeisterin von Friedrichshain Kreuzberg Cornelia Reinauer

Demokratie mit Sicherheitsabstand

Türkische Parlamentswahlen am Sonntag

Durch eine Bekanntmachung wurde in der Republik Türkei im Frühjahr 2010 ein neues Wahlgesetz verabschiedet. Darin (298 Wahlgesetz § 25.72 und § 135) wird u.a. geregelt dass bewaffnete staatliche Sicherheitskräfte wie Polizisten, Militär und Jandarma in Wahllokale gehen können und sich dort bis zu 15 m vor den Wahlurnen aufhalten dürfen. Zuvor galt für diesen Personenkreis ein Abstand von 100 Metern Entfernung vom Ort der Wahl.

„Eine Demokratische, freie, gleiche und geheime Wahl wird so faktisch ausgeschlossen“, so Ingrid Remmers, Mitglied des Bundestags, Die Linke. „Aus politischer, menschenrechtlicher wie auch rechtlicher Sicht ist der Aufenthalt von bewaffneten Sicherheitskräften im Wahllokal inakzeptabel und ein Skandal.“

Die türkischen Behörden argumentieren, dass diese Maßnahme in den kurdischen Provinzen dazu dienen soll, Unruhen zu verhindern. Die „Sicherheitskräfte“ sollen in einem solchen Fall auf Zuruf der Wahlleiter intervenieren können. WahlbeobachterInnen und MenschenrechtlerInnen berichteten in Bezug auf die letzten Wahlen in der Türkei – die Parlamentswahlen 2002 und 2007, sowie die Kommunalwahlen 2009 - dass gerade durch den zu dieser Zeit rechtswidrigen Aufenthalt von bewaffneten „Sicherheitskräften“ und deren Drohungen faire und geheime Wahlen, besonders in kleineren Städten und Dörfern in den kurdischen Landesteilen be- und verhindert wurden.

Diese Regulierung soll anscheinend v.a. in den kurdischen Provinzen voll ausgeschöpft werden. So kündigte der Gouverneur von Van, Münir Karaoğlu auf einem „Wahlsicherheitsgipfel“, an dem auch hochrangige Vertreter des türkischen Geheimdienstes MIT und von Militär und Polizei teilnahmen, an, dass sich an jeder Urne mindestens ein Soldat oder Polizist aufhalten werde und sie auf Anforderung der Wahlleitung sofort zu den Urnen in die 15m Zone vorrücken würden.

„Besonders vor dem Hintergrund, dass die türkische Regierung im Vorfeld der Parlamentswahlen, trotz anhaltenden Bemühungen der kurdischen Seite jeglichen Ansatz einer friedlichen Lösung der kurdischen Frage verhindert hat, ist eine derartige Regulierung besorgniserregend,“ so Jürgen Klute, MdEP, Die Linke.

Bereits letzten Monat hatte die Regierung Erdogan im Schulterschluss mit dem Nationalen Sicherheitsrat Polizeigewalt und Militäroperationen in den kurdischen Landesteilen ausgeweitet und selbst menschenrechtliches Engagement zu potentiell Terror deklariert. Durch über 2500 Festnahmen von AktivistInnen und PolitikerInnen und die gewaltsame Räumung von Informations- und Diskussionszelten des Wahlblocks für Arbeit, Freiheit und Demokratie, an dem die kurdische BDP (Friedens- und Demokratiepartei), die derzeit mit 20 Abgeordneten im Türkischen Parlament vertreten ist, maßgeblich beteiligt ist, soll offensichtlich mit allen Mitteln die politische Entfaltung der kurdischen Bevölkerung verhindert werden.

„Statt die auf Frieden und eine demokratische Entwicklung des Landes orientierte Politik der kurdischen Bevölkerung und PolitikerInnen als Chance zu begreifen, setzt die Türkische Regierung, allem Anschein nach auf eine erneute Eskalation und die Destabilisierung der Region,“ kommentiert Bärbel Beuermann, Landtagsabgeordnete, Die Linke NRW

Anhang 3:

Pressemitteilung der Delegationen

Pressemitteilung

15.12.2011

Anlässlich der Parlamentswahlen in der Türkei am 12.6.2011 haben sich insgesamt 10 Beobachtungsdelegationen aus Europa in die kurdischen Provinzen des Landes begeben, um am Wahltag und den Tagen nach der Wahl die Entwicklungen zu beobachten. Aufgrund der Vielzahl von beobachteten Verstößen gegen türkisches und internationales Recht kann die Parlamentswahl 2011 keinesfalls als rechtmäßige, allgemeine, freie, geheime und demokratische Wahl bezeichnet werden. Gravierende Verstöße gegen Türkische Gesetze und Verordnungen sowie internationale Standards waren kein Einzelfall, sondern eine systematische und flächendeckende Praxis der versuchten Einschüchterung und Wahlfälschung.

Die WahlbeobachterInnen, unter denen sich Europaparlamentarier, Bundestags- und Landtagsabgeordnete, KommunalpolitikerInnen, WissenschaftlerInnen, GewerkschafterInnen und MenschenrechtsaktivistInnen befanden, hielten sich in den Provinzen Van, Batman, Kars, Ardahan, Diyarbakir, Urfa, Sirnak, Antep, Bitlis, Igdir, Agri und Hakkari auf.

Die schwerwiegendsten Verstöße, die beobachtet und dokumentiert sind:

1. In der überwiegenden Anzahl der Wahllokale waren in den Städten bewaffnete Polizisten und in den Dörfern die Militärpolizei Jandarma und Dorfschützer (Dörfer) präsent. Nach einer Änderung des Wahlgesetzes im Jahr 2010 dürfen sich bewaffnete staatliche Sicherheitskräfte im

Wahllokal bis zu 15 m vor den Wahlurnen aufhalten. Zuvor galt ein Abstand von 100 Metern. Besonders in weiteren kurdischen Provinzen wurde diese Änderung dazu genutzt, zu versuchen, WählerInnen u.a. durch Einschüchterungsversuche und Bedrohung vom Wählen überhaupt- oder von einer freien Wahl abzuhalten. Denn selbst diese aus menschenrechtlicher Sicht inakzeptable Regelung wurde flächendeckend nicht eingehalten. Die bewaffneten Kräfte hielten sich direkt vor oder in den Wahlräumen und zum Teil vor den Urnen und mit den WählerInnen in den Wahlkabinen auf

2. In mehreren Fällen prügelten Jandarma und Polizisten WählerInnen aus den Wahllokalen oder verhinderten deren Zugang dazu u.a. in den Provinzen Van, Agri, Igdir, Hakkari, Sirnak. Zum Teil geschah dies mit Waffengewalt oder mit Hilfe von Panzerfahrzeugen

3. Immer wieder konnte beobachtet werden, die UrnenvorsteherInnen ältere WählerInnen und AnalphabetInnen in die Wahlkabinen begleiteten und auf die AKP zeigten, die zu wählen sei.

4. Durch Geldgeschenke, Lebensmittel und Kleidungsgutscheine sowie das Versprechen von regelmäßigen Kindergeldzahlungen im Falle einer Wahl der AKP wurde versucht, vor allem in Gegenden mit überwiegend finanzschwacher Bevölkerung, die WählerInnen zu bestechen.

5. Die WahlbeobachterInnen des Wahlblocks für Arbeit, Freiheit und Demokratie (Bündnis der BDP mit weiteren linken Kräften) wurden in vielen Fällen aus den Wahllokalen ausgeschlossen

6. Allein in den kurdischen Provinzen des Landes, besonders in Agri, Van und Sirnak wurden mehr als 100 WahlbeobachterInnen des Wahlblocks für Arbeit, Freiheit und Demokratie verhaftet.

7. In vielen Fällen hielten Polizisten sich in Wahllokalen auf, verlangten die Vorlage des Personalausweises, um die Wahlnummern zu verteilen, unterzogen die WählerInnen einer Ganzkörperkontrolle und bedrohten sie dabei.

8. Allein in Istanbul wurden 1904 WählerInnen ohne ersichtliche Rechtsgrundlage bei der Wahl verhaftet

9. In der Provinz Ardahan drohten Imame Frauen in Gesprächen damit, dass Gott sie bestrafen würde, wenn sie ihre Stimme nicht der AKP geben würden

10. WahlbeobachterInnen des Wahlblocks für Arbeit, Freiheit und Demokratie wurden in vielen Fällen von der Auszählung ausgeschlossen

11. In mehreren Fällen verweigerten verantwortliche Behörden notwendige Gespräche mit ParlamentarierInnen und AnwältInnen

In Sirnak wurde eine Handgranate in die feiernde Bevölkerung geworfen. Hier hielt sich auch eine Wahlbeobachtungsdelegation mit dem MdB Harald Weinberg auf. Nach dem Attentat griffen die Polizisten die Menge mit Tränengasgranaten an. Auch die DelegationsteilnehmerInnen wurden beschossen.

Angestrebt wurde bei den Parlamentswahlen seitens der AKP eine 2/3 Mehrheit, um eine absolute Hoheit über den bevorstehenden Verfassungsgebungsprozess zu erlangen. Dieses Ziel wurde klar verfehlt. Bereits im April hatte die Regierung Erdogan im Schulterschluss mit dem Nationalen Sicherheitsrat MGK Polizeigewalt und Militäroperationen in den kurdischen Landesteilen ausgeweitet und selbst menschenrechtliches Engagement zu potentielltem Terror deklariert. In diesem Rahmen kam es zu 2500

Festnahmen von AktivistInnen und PolitikerInnen und der gewaltsamen Räumung von Informations- und Diskussionszelten des Wahlblocks für Arbeit, Freiheit und Demokratie.

Offensichtlich sollte mit allen Mitteln die demokratische politische Entfaltung der kurdischen Bevölkerung verhindert werden.

Das Vorgehen bei den Wahlen und die Ereignisse danach lassen eine Regierungspolitik erkennen, die offensichtlich auf eine erneute militärische und sicherheitspolitische Eskalation der Lage setzt und somit eine demokratische Lösung der kurdischen Frage nahezu verunmöglicht.

Darunter u.a.: Jürgen Klute (MdEP, Die Linke), Harald Weinberg (MdB, Die Linke), Heidrun Dietrich (MdB, Die Linke), Ingrid Remmers (MdB, Die Linke), Bärbel Beuermann (MdL NRW, Die Linke), Ali Atalan (MdL NRW, Die Linke), Barbara Cardenas (MdL Hessen, Die Linke) Cornelia Reinauer (ehem. Bürgermeisterin von Berlin Friedrichshain-Kreuzberg, Die Linke), Britta Eder (Rechtsanwältin), Dr. Brigitte Kiechle (Rechtsanwältin), Dr. Nikolaus Brauns (Wissenschaftlicher Mitarbeiter der MdB Ulla Jelpke, Die Linke), Martin Dolzer (Soziologe und Wissenschaftlicher Projektmitarbeiter des MdB und MdPaCE Andrej Hunko), Yilmaz Kaba (Vorstandsmitglied, Die Linke Niedersachsen), Abdullah Polat (Dozent), Ilke Polat (Vorstandsmitglied Kurd Akad), Mahmut Ertas (Vorstandsmitglied Kurd Akad), Ellen Jaedicke (Menschenrechtsaktivistin), Michael Knapp (Historiker), Marie-Yvonne Mateous (Frauenrechtsaktivistin), Regis Mateous (Schäfer), Gülferiz Contay (Mediatorin), Antje Steinberg (GEW) und viele Weitere (siehe Einzelberichte).